

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39.

Donnerstag, den 15. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Armeevorlage als Sprengpulver?

R.-K. Der Reichsleitung liegen natürlich die 110 Sozialdemokraten, die im Reichstag sitzen, sowie die Tatsache, daß die taktische Einigung der linksstehenden Parteien wenigstens da und dort gelungen ist, schwer im Magen. Ihr können ja gar nicht genug Ritter und Heilige im Reichstag sein. Der Sozialdemokratie wieder einige Siege abzunehmen und zwischen sie und die bürgerliche Linke einen großen Keil zu schieben, erscheint der Regierung auf jeden Fall als „ein Ziel, aufs innigste zu wünschen“. Wie man die Geschichte wenigstens versuchen kann, ist eigentlich sehr naheliegend. Die Andeutungen in der Presse, daß die neue Militärvorlage sehr groß sein werde, läßt vermuten, daß auch der Herr Reichskanzler das Rezept schon gefunden hat.

Daß die gesamte bürgerliche Linke dem Militarismus und der Militärverwaltung aus der Hand frißt, ist eine bekannte Tatsache. Ebenso weiß man, daß die Sozialdemokratie die einzige Gegnerin des Militarismus ist. Diesen Gegensatz wird die Regierung voraussichtlich benutzen, um das hehre Werk zu versuchen. Sie wird ihn nach Kräften streifen und als Heizmaterial die neue Militärvorlage verwenden.

Nach unserer Meinung wird die Geschichte sich auf folgendem Wege abspielen:

Zunächst wird die Öffentlichkeit in hurratriotischer Richtung bearbeitet. Die Marokkokrise wird wieder aufgemischt werden und dabei das Deutsche Reich als das unschuldig verfolgte Lämmlein hingestellt, das den „Panther“ in der harmlosesten Absicht nach Agadir geschickt hat. Die „nationale“ Presse wird dem Volke „begreiflich machen“, daß nur eine große Militärvorlage das Deutsche Reich davor retten könne, daß die französische Kavallerie ihre Kasse im Rheine trinkt und 100 000 Engländer in Schleswig ihre Beefsteaks braten. Wenn dann alle zweibeinigen Esel des Deutschen Reiches glücklich einen roten Kopf und ein gewisses Kleidungsstück voll haben, erscheint die neue Militärvorlage auf dem Plane.

Die Sozialdemokratie wird natürlich dagegen agitieren, die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Polen und wahrscheinlich auch die Fortschrittler werden sich mit allen Kräften dafür ins Zeug legen. Und das Zentrum? Das wird wieder einmal seine „bewährte Taktik“ einschlagen, d. h. das Volk beschwindeln und betrügen. Zunächst wird es sich als die große herrliche Volkspartei aufspielen und seine antimilitaristische Maske aufsetzen. Würde es der Militärvorlage sogleich zustimmen, so ginge die Bewilligung ohne Schwierigkeiten vor sich, denn es würden mindestens 250 Stimmen dafür abgegeben werden. Aber weder der Reichsleitung noch dem Zentrum würde eine glatte Bewilligung in den Kram passen. Ihr Plan, das bishigen Einvernehmen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten zu gefährden, und die noch süßere Hoffnung, den bösen Umstürzler wenigstens ein paar Reichstagsitze abzunehmen, würde durch eine solche Bewilligung ja direkt zerstört. Sie verlangen vielmehr eine Reichstagsauflösung zugunsten der neuen Heeresvermehrung. Darum wird das Zentrum zunächst gegen die Militärvorlage reden und stimmen.

Finden die Neuwahlen statt, so können die bürgerlich-liberalen Parteien mit den Sozialdemokraten keine Kompromisse mehr abschließen, weil sie in der Hauptfrage, um die es sich dann handelt, entgegengesetzte Anschauungen haben. Das Zentrum aber wird einseitig den treuen Volkstreuern weiterstimmen. Es wird den Wählern hoch und teuer versichern, daß es für eine große Militärvorlage nicht mehr zu gewinnen sei und auch bei einer kleineren Vorlage dafür sorgen werde, daß zur Deckung der Kosten nur die zahlungsfähigen Kreise herangezogen werden. In der Kunst, vor den Wahlen und während der Wahlen die schönsten Versprechungen zu machen und sie, wenn die Wähler glücklich auf den Keim gegangen sind, schmachvoll zu brechen, sind die Schwarzen bekanntlich sehr groß.

Ist der neue Reichstag dann beisammen, so kommt der schon oft dagewesene und berühmte Umfall des Zentrums. Es wird langsam aber sicher die „Überzeugung“ gewinnen, daß die internationale Lage des Reiches wirklich äußerst gefährlich und die von der Regierung vor der Reichstagsauflösung geforderte Heeresvermehrung unabweisbar notwendig sei. Es wird zuletzt sein blutendes Herz bekommen und alles bewilligen. Die Kosten

wird es nach Kräften den minderbemittelten Klassen hinaufsalzen und das Kapital aus der Schutzlinie zu bringen suchen.

Ob der Hauptzweck der Übung, die Sozialdemokratie um einige Sitze im Reichstag zu bringen, erreicht werden wird, ist allerdings fraglich, denn übermäßig zugkräftig dürfte die Wahlparole: Neue Regimenter! bei dem durch Steuerdruck unerhört belasteten Volke kaum sein. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß die Leiter der deutschen Politik das Gegenteil glauben, und in dieser Hoffnung danach zu handeln versuchen, wenn das Zentrum nach Hertlings Ministerpräsidium noch so viel politische Bewegungsfreiheit besitzt, um auch nur vorübergehend einer militärischen Regierungsvorlage noch Opposition machen zu können.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Präsidentwahl und Arbeitsbeginn.

Hätten wir einen Komödiendichter großen Stils in Deutschland, das Thema dieser Präsidentschaftswahl würde er sich nicht entgehen lassen. Er fände alles, was er für sein Stück brauchte, wahrlich im Überfluß, die lustigen und die traurigen Personen, die Narren und die komischen Helden. Heute ging der dritte Akt vorüber, dem der vierte und fünfte in den nächsten Wochen folgen werden. Das Probepräsidium für einen knappen Monat ist heute zustande gekommen. Die Freisinnige Volkspartei ist, wie sie selber sagt, „in die Bresche gesprungen“, hat in Herrn Kampff und Herrn Dove den ersten und letzten Präsidenten gestellt und das Spiel der Ritter und Heiligen zunächst durchkreuzt. Die Wahlen gingen glatt von statten und die Stimmzahl, die die beiden freisinnigen Kandidaten auf sich vereinten, kann sich getrost neben die Stimmen stellen, die Herr Spahn vor einigen Tagen gesunden hat. Die Rechte suchte ihren Humor durch einige Kundereien zu heben. So schrie sie, weil der erste Namensanruf zufällig mit dem Buchstaben „H“ begann, „Haha“ in den Saal. Geistig waren die Herren immer wahrhaft bescheiden.

Dann konnte endlich zur sachlichen Arbeit geschritten werden. Zunächst waren einige Interpellationen zu erledigen. Die Frage der Nationalliberalen nach der Brüsseler Zuckerkonvention wird beantwortet werden, wenn die internationalen Verhandlungen abgeschlossen sind. Unsere Interpellation und die der Freisinnigen wegen des Kartoffelzollens soll im Laufe der nächsten Woche an die Reihe kommen. Doch gab Herr Wermuth heute eine entgegenkommende Antwort. Wir fordern die sofortige Aufhebung des am 15. Februar eingetretenen Kartoffelzollens, die Freisinnigen seine Suspendierung bis zum 1. Mai d. S. In dieser Zeit der Kartoffelnot und Kartoffelteuerung, wo die Preise für dieses wichtige Volksnahrungsmittel sich gegen 1910 beinahe verdoppelt haben, wirkt dieser Zoll, den über den Bülwitarif hinaus die Agrarier in Höhe von einer Mark für den Doppelzentner während der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli durchgesetzt haben, wie eine freche Verhöhnung der Konsumenten und kleinen Landwirte, die selber Kartoffeln als Futtermittel kaufen müssen. Das hat die Regierung denn doch eingesehen, und so verspricht Herr Wermuth wohlwollende Erwägung und stellte die Möglichkeit in Aussicht, daß wenigstens die vorjährigen Kartoffeln bis zum 1. Mai zollfrei nach Deutschland kommen sollen.

Die erste Etatberatung setzte dann mit einer Rede des Schatzsekretärs ein, die dem Ruhm seiner eigenen Finanzpolitik gewidmet war; keine neue Ausgabe ohne sofortige Deckung. Der Knippel liegt aber hier wirklich beim Hunde. Das Pumpen geht nicht länger, wenn man hört, daß die Gesamtschulden der deutschen Staaten 1910 annähernd 20 Milliarden ausmachten, von denen 7 bis 8 Milliarden nichtwerbenden Anlagen gebient haben. Aber unbesorgt für Flotten- und Heeresvermehrung hat Herr Wermuth immer noch die notwendigen Moneten.

Heute wird die Debatte mit einer Rede unseres Gesonnen Frank einsetzen.

Die Fortschrittliche Volkspartei zur Präsidentschaftskrisis.

Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstage verbreitete gestern folgende Erklärung:

„Die demonstrative Weigerung der zunächst berufenen Parteien, in das Reichstagspräsidium einzutreten, hat zu einer Präsidentschaftskrisis geführt, welche die Geschäftstätigkeit des Reichstags aufzuheben droht und damit eine Notlage geschaffen hat. Angesichts dieser Gefahr hält es die Fortschrittliche Volkspartei für ihre Pflicht, in die Bresche zu treten und die formellen Voraussetzungen für den endlichen Beginn der sachlichen Verhandlungen zu schaffen.“

In der erfolgten Erwählung eines Vertreters der stärksten, die größte Wählerzahl vertretenden Fraktion zum Vizepräsidenten kann die Fortschrittliche Volkspartei keinen Grund erblicken, das Amt des Präsidenten abzulehnen, auf das sie einen Anspruch nicht erhoben hat. Für die spätere Zeit nach Beseitigung der gegenwärtigen außerordentlichen Lage behält sich die Fortschrittliche Volkspartei ihre Entscheidung vor. Aus diesen Gründen hat die Fraktion ihre Mitglieder Raempf und Dove dringend und einmütig gebeten, sich für das parlamentarische Amt des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten zur Verfügung zu stellen.“

Ein konservativer Sammelpolitiker.

Für eine große „Deutsche Landespartei“ schwärmt in einer Zuschrift an die „Deutsche Zeitung“ der durch überpatriotische Keimereien bekannt gewordene Dichter und Schriftsteller Max Beyer (Dresden). Er will, daß die Deutschsozialen, Christlichsozialen, der Bund der Landwirte, die Wirtschaftliche Vereinigung, die Reformer und der Deutsche Bauernbund zu einem „Vollwerk“ gegen die Linke“ sich vereinigen zur „Pflanzung des nationalen Gedankens, Pflege von Heer und Flotte, Schutz der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Handwerks, des Mittelstandes, der — Arbeiter“ usw.

Gegen diese Schwärmerei wendet sich sogar die „Kreuzzeitung“, der ein solcher Zusammenschluß nicht empfehlenswert erscheint, da die Konservativ Partei das gleiche Programm vertritt, das Beyer für die neue Partei vorschlägt.

Gewiß: Die ganze Gesellschaft, die Beyer aufführt, kann in den konservativen Topf geworfen werden.

Auf Schwindelpfaden.

Die „Germania“ gibt einen Bericht der nationalliberalen „Mühlheimer Zeitung“ (Nr. 36 vom 12. Januar 1912) wieder, der ein Referat über eine Rede darstellt, die der nationalliberale Pfarrer Dr. Wessel aus Mühlheim (Ruhr) im dortigen Evangelischen Gesellenverein hielt. Nach diesem Bericht hat der Redner gesagt:

„Sa, und was hätte gefehlt, was hätte gefehlt — dann hätte an erster Stelle derselbe Bebel gestanden, der damals, als unsere Ritter mit dem Eichenkranz ihres Ruhmes zurückkehrten ins deutsche Land, die Parole ausgab: Hängt Trauerfahnen heraus, eine Horde und Rote von Räubern und Nordbrennern kehrt zurück!“

Wenn der Pfarrer das wirklich gesagt hat, dann hat er sich zum Träger einer faulstüchigen Unwahrheit gemacht, denn es ist direkt erlogen, daß Bebel oder eine andere maßgebende Partei-Instanz jemals eine solche Parole ausgegeben hätte. So aber sieht die „Aufklärung“ aus, die in Evangelischen Arbeitervereinen verbreitet wird.

Alldemische Phantasie.

Die alldemisch-antifemistische „Tägliche Rundschau“ entwirft in einem Entrefilet über die Reichstagsitzung vom Dienstag ein Bild, das verdient, einer breiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Der Satz lautet:

„Die Herren Bassermann und Gröber beantragen, die Sitzung zu vertagen, und als erster erhebt sich, wuchsig wie ein Reichspaladin, Herr Dr. Arendt für diesen Antrag. Unter sehr lebhafter Heiterkeit wird er einstimmig angenommen.“

Ein Reichspaladin wird man sich gemeinhin doch immer etwas anders vorgestellt haben, als es der „Germania“ Arendt hier sein sollte.

Das preussische Abgeordnetenhaus

ist am Mittwoch mit der Beratung des Stats der landwirtschaftlichen Verwaltung noch nicht zu Ende gekommen. Die Debatte, die sich fast nur in Einzelheiten lokaler Natur verlief, gestaltete sich erst am Schluß lebhaft, als der konservative Abg. v. d. Osten unter heftigen Angriffen gegen die Fortschrittler und die Sozialdemokraten die Großgrundbesitzer als die eigentlichen Stützen des Staates anpries. Abg. Ghyling (Volkspartei) erwiderte ihm kurz. Von unserer Seite wird erst Donnerstag ein Redner zur Entgegnung das Wort erhalten.

Bedenkliches Lob!

Die „Germania“ erachtet es als ihre Pflicht, den hin- und herschwankenden Nationalliberalen ein klein wenig beizupringen, um sie zu ermutigen, das bereits begonnene Harikiri nur getrost fortzusetzen. Das Blatt sagt:

„Man mag von sozialdemokratischer oder linksliberaler Seite über den „Umfall“ der nationalliberalen Reichstagsfraktion spötteln, wie man will, man mag auch in jungliberalen Kreisen, in denen die Taktik höher bewertet wird, als die Grundsätze, darin einen „Fehler“ erkennen; jeder objektive urteilende politische Beobachter wird in einem solchen „Umfall“, der die Rückkehr zu festen Grundfäden bedeutet, nichts anderes als eine lobenswerte Tat erblicken können.“

Jeder objektiv urteilende politische Beobachter, dessen Blick noch nicht schwarzblau umflort ist, wird die Haltung der nationalliberalen Fraktion als W a s c h l a p p i g k e i t und nichts anderes bezeichnen!

### Trimborn als Nachfolger Hertlings.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Becker (Köln) braucht nunmehr sein Mandat nicht niederzulegen, um Herrn Trimborn Platz zu machen, da durch die Mandatsniederlegung des Herrn v. Hertling ein absolut sicherer Zentrumskreis freigeworden ist. Besondere Aufregung wird dieser Wahlkampf Herrn Trimborn nicht bringen, denn v. Hertling ist dort — in Münster-Coesfeld — mit 25 728 gegen etwa 6000 Stimmen der Gegner gewählt worden.

### Die Toleranz im Zentrum.

Es ist schon mitgeteilt worden, daß Graf Oppersdorff, der in Lissa mit Hilfe der Polen gewählt wurde, obwohl die offiziellen Zentrumskreise alle Register zogen, den gegen die Köliner Richtung eifernden schlesischen Grafen vom Reichstage fernzuhalten, nicht in die Zentrumsfraktion aufgenommen wurde. Die Form aber, unter der der Ausschluß Oppersdorffs vor sich ging, zeigt, welcher Gehässigkeit man in den Reihen des Zentrums auch gegen die eigenen Angehörigen fähig ist. Graf Oppersdorff veröffentlicht in seiner katholischen Wochenschrift „Wahrheit und Klarheit“ den Brief, den er über seinen Ausschluß an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, jetzigen bayrischen Ministerpräsidenten, Freiherrn v. Hertling, geschrieben hat. Dieser Brief ist für das Zentrum und für die Schärfe des Gegensatzes zwischen der Köliner und der Berliner Richtung so charakteristisch, daß wir ihn hier wörtlich wiedergeben wollen:

„Berlin, 3. Februar 1912.

### Euer Erzellenz

habe ich folgende Mitteilung zu machen:

Noch vor der Wahl, während ich in Fraustadt-Lissa von den dort allein zuständigen Zentrumsinstanzen auf Grund des Zentrumsprogramms als Zentrums-kandidat aufgestellt und von den allein entscheidungsberechtigten Wählern als Zentrumsabgeordneter unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen in den Reichstag gewählt wurde, erklärte Euer Erzellenz meinen politischen Gegnern, daß meine Zentrums-kandidatur unerwünscht sei, erklärte die maßgebende Parteipresse, daß meine Kandidatur nicht anerkannt würde, erklärte, endlich, Herr Geheimrat Borisch einem der führenden Mitglieder der Posenschen Zentrumsfraktion, daß ich, nach seiner Vermutung, nicht in den Fraktionsverband des Reichstages aufgenommen werden würde.

Nach der Wahl erklärte mir der Direktor beim Reichstage, Herr Geheimrat Jungheim, daß er von maßgebender Seite beauftragt sei, mich zu der konstituierenden Fraktions-sitzung des Zentrums im neuen Reichstage einzuladen.

Auch von anderer zuständiger Seite wurde mir die sonst jedem andern, auf Grund einer Zentrums-kandidatur Gewählten zugegangene Einladung zu der konstituierenden Fraktions-sitzung vorenthalten. Tatsächlich fand denn auch am Mittwochabend die erste Sitzung der neuen Fraktion des Zentrums statt, ohne daß mir davon auch nur eine Mitteilung, gleichgültig denn dazu eine Einladung geworden wäre. Endlich wurde mir mein bisheriger Sitz in den Reihen des Zentrums, wie mir Herr Direktor Jungheim mitteilte, auf fraktionsmaßgebenden Wunsch hin entzogen.

Auf Grund dieser, jeden Zweifel ausschließenden Tatsachen sehe ich mich veranlaßt, Eurer Erzellenz, als dem derzeitigen Vorsitzenden der Fraktionsgemeinschaft des Zentrums, Mitteilung davon zu machen, daß ich den gegen mich auf diese Art vollzogenen Ausschluß meiner Person von der neuen Fraktionsgemeinschaft des Zentrums im Reichstage als vollzogene Tatsache hinnehmen muß und werde. Ich habe mich dazu entschlossen mit Rücksicht auf die — auch mir nicht weniger wie irgend einem andern — am Herzen liegenden Interessen der Zentrumsfraktion. Denn die Zentrumsfraktion ist es, auf deren grundlegendem historischen Boden ich, unbeirrt von dem Wechsel der Konstellationen des Tages, seit fast 20 Jahren im öffentlichen politischen Leben gestanden habe, noch heute stehe und auch künftighin, unter Rücksicht der mir gewordenen persönlichen Erfahrungen, stehen werde.

Rügen über mich die nicht von mir beeinflussten Formen, unter denen meine Ausschließung von der neuen Fraktionsgemeinschaft des Zentrums im Reichstage sich vollzogen hat.

Dieses ganze, in den Annalen des Zentrums ohne Präzedenz dastehende Vorgehen, das ich im Interesse der Partei nur aus lebhaftester Bedauern kann, ist der Vergangenheit, der Tradition des alten Zentrums und der derzeitigen verantwortlichen Personen des neuen Fraktionsverbandes nicht würdig.

Graf v. Oppersdorff,  
M. d. R.

### Aus dem sächsischen Landtage.

Am Dienstag kam es zu einer sehr erregten Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien. Der Anlaß dazu war die freisinnige Interpellation wegen der Ansetzung des Wahltermins im 23. sächsischen Reichstagswahlkreis auf Montag, dem 22. Januar, während in den anderen Wahlkreisen in Sachsen der Termin auf Sonntag, dem 20. Januar, angelegt war. Abg. Brotauß begründete die Interpellation und wies vor allen Dingen darauf hin, daß der Wahlkommissar in Plauen jedenfalls im Interesse der konservativen Partei diesen späteren Termin angelegt habe. Man wollte erst sehen, ob in den anderen Wahlkreisen, die zur Stichwahl standen, die Freisinnigen für die Konservativen eintreten würden. Interessant war auch die Bemerkung des Begründers der Interpellation, daß er die Absicht gehabt hätte, einen Antrag dahingehend zu erlassen, daß die Freisinnigen für die bürgerlichen Parteien eintreten sollten. Aber durch diese Art Zwang, den man auf die Freisinnigen ausüben wollte, sei er davon abgekommen.

Abg. Müller (SD.) betonte, die Sozialdemokratie stehe auch auf dem Standpunkt, daß ein einheitlicher Wahltermin nicht nur für Sachsen, sondern für ganz

Deutschland anzusetzen sei. Im weiteren Verlauf der Debatte gerieten die Nationalliberalen und Konservativen in eine heftige Diskussion darüber, wer an der jetzigen schlimmen Situation für die bürgerlichen Parteien Schuld sei. Sie kamen auch auf die Präsidentenwahl im Reichstage zu sprechen, wobei die Konservativen den Nationalliberalen die schwersten Vorwürfe machten, daß sie durch ihre Minderleistung geholfen hätten, daß ein Sozialdemokrat Vizpräsident werden konnte.

### Die Zerlegung in der nationalliberalen Partei.

Daß den Nationalliberalen schon lange Angst war vor ihrem bei den Wahlen zur Schan getragenen Radikalismus, das weiß man. Ist doch schon mitten im Wahlkampf von verschiedenen Seiten gebremst und der Gedanke eines liberalen Blockes unter Einfluß der Sozialdemokratie mit Entrüstung bekämpft worden. Daß aber die Präsidentenwahl, die mit nationalliberaler Hilfe auch der Sozialdemokratie zu ihrem Recht verhalf, eine solche Zerrüttung in die nationalliberale Partei bringen könnte, das hat bis in den letzten Tagen auch der ärgste Zweifler an nationalliberaler Rückgratfestigkeit nicht geglaubt. Heimlich hat der rechte Flügel die Abwesenheit Bassermanns und Paasches benützt, um Sprengversuche in der nationalliberalen Fraktion anzustellen. Aus den konservativen Reihen der Schleswig-Holsteiner Nationalliberalen, aus den großindustriellen Westfalens und den agrarischen Hannovers werden Protestkundgebungen gegen die Haltung der nationalliberalen Fraktion gemeldet und darauf Beschlüsse gebaut, die ein brüskes Mißtrauensvotum gegen die Fraktionsleitung darstellen. Trotz aller Ablehnungen steht fest, daß in der entscheidenden Fraktions-sitzung, die zur Präsidentenwahl Stellung nahm und mit dem Beschluß endete, daß Paasche niedergulegen habe, Bassermann und Paasche nicht anwesend waren. Fest steht auch, daß nationalliberale Abgeordnete die Urheber jenes Wolff-Telegramms sind, das am Sonntag von Berlin aus hinausging und die rechtsstehenden Nationalliberalen gegen die eigene Partei mobilisierte. Eine offizielle Kundgebung der nationalliberalen Partei nennt dieses Vorgehen zwar unerhört und einen groben Disziplinbruch, es ist aber noch sehr fraglich, ob es der Fraktionsleitung gelingt, diese Quertreiber kaltzustellen. Sie haben Rückhalt in den reaktionären Kreisen, die weit mehr zur konservativen als zur nationalliberalen Partei gehören, sich aber formell immer noch zur nationalliberalen Partei zählen.

Die „Magdeburgische Zeitung“, die freilich immer auf dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen stand, bringt in ihrer Mittwochszahl einen drohenden Leitartikel mit der Überschrift: „Wir klagen an.“ Der Schluß des Artikels lautet:

„Wir klagen an, daß durch die Haltung der Reichstagsfraktion die nationalliberale Partei um das Beste gebracht worden ist, was sie hatte: die nationale Zuverlässigkeit. Mit ihr steht und fällt die Existenzberechtigung der Partei. Es ist nur zu bedauern, daß die Elemente, die so verhängnisvoll stark nach links drängen, nicht schon längst von selbst den Mut und den Entschluß gefunden haben, auch nach links abzuwandern. So gefährden sie den festen Bestand der nationalliberalen Partei.“

Die für das Gros der nationalliberalen „Massen“ maßgebende Presse, wie „Sächsische Zeitung“, „Hannoversche Courier“, „Nationalzeitung“, pendelt unentschieden zwischen links und rechts. Einmütig ist sie nur in der Beurteilung der hinterlistigen Quertreibereien, sonst tauchen auch hier die verwegenen Vorschläge auf, um die Nationalliberalen wieder bei den Staatsbehörden zu rehabilitieren. Die sächsische nationalliberale Presse dagegen stellt sich uneingeschränkt auf den Standpunkt, den die Mehrheit der Fraktion bei der Präsidentenwahl einnahm. Aus Baden und Hessen erhielt die Fraktionsleitung Zustimmungskundgebungen und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, noch ehe sie die letzten kompromittierenden Vorgänge aus der nationalliberalen Fraktion kannten:

„Zweifellos verlangt die große Mehrheit der nationalliberalen Wähler von ihren Abgeordneten eine entschieden liberale Politik. Es mag andere geben, die von einer liberalen Partei so etwas wie eine konservative Politik erwarten. Aber welche Politik man auch vertritt, für die Politik der Wahrheit und der Zweckmäßigkeit wird sich keine nennenswerte Anhängererschaft finden. Es ist hohe Zeit, daß die Führung der Partei erkennen läßt, daß die Fraktion das Vertrauen verdient, das ihr die Wähler geschenkt haben.“

### Die drei Reformparteien des Reichstages

sehen sich auch nach einem Anstoß. Die „Fraktion“ tagte am Sonntag mit ihren Vertrauensmännern im Reichstagsgebäude, konnte sich aber noch nicht entscheiden. Nach einer Meldung der antisemitischen „Staatsbürgerzeitung“ wurde auch angeregt, Anstoß an die Reichspartei zu suchen; da aber die Reichspartei für die Zulassung von Juden zu Reserveoffizieren in letzter Zeit eingetreten ist und in der Schächtfrage eine Stellung einnimmt, die nicht mit dem Programm der Reformpartei übereinstimmt, wurde der Gedanke fallen gelassen. — Wie wäre, wenn sich dieses Trio der Nationalliberalen anschließen würde? In deren Reihen hat ja jetzt doch Krethi und Plethi Platz!

### Der bayrische Landtag

wird nach neueren Meldungen bürgerlicher Blätter am 22. oder 23. d. M. zusammentreten.

### Das ziffernmäßige Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen.

Die Regierung veröffentlicht jetzt endlich die amtlichen Wahlziffern für die letzten bayerischen Landtagswahlen. Es wurden im ganzen 959 325 Stimmen abgegeben; das sind 81,7 Proz. der Wahlberechtigten. Das Zentrum, der Bund der Landwirte und die Konservativen erhielten 463 631 Stimmen; die Sozialdemokraten, Liberalen, der deutsche und bayerische Bauernbund 489 746 Stimmen. Das Zentrum und seine Verbündeten erhielten demnach 48 Proz., die Sozialdemokraten, Liberalen und Bauern-

bündler 50,8 Proz. der Stimmen. Die Mehrheit des bayerischen Volkes will also von den Schwarzblauen nichts wissen. Und trotzdem haben sie die Mehrheit im Landtage.

### England.

Ministerwechsel in Sicht? In der englischen Presse wird mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Asquith gerechnet. Als dessen Nachfolger wird Sir Edward Grey, der bisherige Minister des Äußeren genannt. Diesen Gerüchten gibt die Tatsache, daß Grey vom König den höchsten englischen Orden, dem Hofenhandorden — eine für Parlamentarier außergewöhnliche Auszeichnung — erhalten hat, eine gewisse Wahrscheinlichkeit. In einem Teil der englischen und deutschen bürgerlichen Presse wird Grey eine unfreundliche Stimmung gegen Deutschland nachgesagt. Die Haltung des Königs Georg läßt den Schluß zu, daß auch in England das persönliche Reglement mehr in den Vordergrund zu treten bestrebt ist.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 16. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grützühle H. und J. Brüggens, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Das kleine politische Witzblatt unseres Freistaates, die „Lübeckischen Anzeigen“, sucht seine Abnehmer gegenwärtig durch unterhand Nöthchen über die Vorgänge im Reichstage zu unterhalten. So erzählt es mit ganz ernsthafter Miene gestern abend, unser Genosse Scheidemann habe sich als Präsident des Reichstages vorfichtigerweise alles aufschreiben lassen, was er am Dienstag zu sagen hatte. Es ist ja leicht erkennbar, wohin dieser Scherz zielt; nur schade, daß er gänzlich vorbeifliegt. Man hätte so gern gesehen, wenn Scheidemann seiner Aufgabe so wenig gewachsen gewesen wäre, wie gewisse bürgerliche Herren, denen die reaktionäre Mehrheit früher ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten das Ehrenamt des Vizepräsidenten des Reichstages übertragen hatte. Und nun kam es so ganz anders. Scheidemann machte seine Sache wirklich tadellos, wie ihm selbst der Neid lassen mußte. Und das wurmt die „Lübeckischen Anzeigen“ derartig, daß sie schleunigst ihre Leser damit anrufen, Scheidemann habe sich seine Ausführungen aufschreiben lassen. Unser Genosse ist doch kein liberaler Kandidat in einer gewissen Hausstadt. Schreiber dieses wohnte der denkwürdigen Sitzung des Reichstages am Dienstag bei und kann somit aus eigener Erfahrung konstatieren, daß Scheidemann allerdings verschiedenes verlor, so die Resultate der Schriftführerwahl und das Schreiben Spahn's; es ist aber noch niemals üblich gewesen, daß der Präsident des Reichstages derartige geschäftliche Mitteilungen aus dem Gedächtnis rezipierte. Demnach bleibt die Tatsache bestehen, daß der erste sozialdemokratische Vizepräsident des Reichstages an Geschäftsgewandtheit und Umsicht sich durchaus auf der Höhe zeigte, die ihm den Neid der Genossen mußte, der sich nur schüchtern in unserem Amteblatt zu äußern wagt.

Die Nationalliberalen, die sich bei der Präsidentenwahl im Reichstage durch ihre schwankende Haltung unsterblich blamiert haben, suchen jetzt für diese Blamage andere verantwortlich zu machen. So behaupten die „Lübeckischen Anzeigen“ heute morgen, wenn nicht die Sozialdemokraten aus Eigenfinn und Dummheit den nationalliberalen Prinzen Schönau-Carolath ausgeschaltet hätten, so wäre das Reichstagspräsidium im ersten Wahlgang gewählt gewesen. Dabei steht fest, daß die Sozialdemokraten bereit waren, für Schönau-Carolath einzutreten, wenn die Nationalliberalen bündig erklärt hätten, für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen. Die Nationalliberalen lehnten dies jedoch ab. Auf welcher Seite liegt unter diesen Umständen nicht nur Eigenfinn und Dummheit, sondern auch politische Unehrlichkeit?

Wir wollen es mit diesen Broden aus dem kleinen politischen Witzblatt der Lübecker Liberalen genug sein lassen. Sie beweisen nur, wie gering man das politische Verständnis und die politische Einsicht des Bürgerstums auf jener Seite einschätzt. Ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt.

Rückbau des Gaswerks II an die Kaserne des Hochofenwerks. Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit folgendem Senatsantrag zu beschäftigen: Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 25. November 1908 sind der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen für Anstaltanlagen auf dem Gaswerk II 387 500 Mk. zur Verfügung gestellt. In dem Bericht des Direktors Hase vom 16. März 1908, der diesem Rat- und Bürgerbeschluß zugrunde liegt, ist ausgesprochen, daß diese Anlagen es ermöglichen würden, eine wesentliche Vergrößerung der Steinofenengasanlage, die durch Zunahme des Gasverbrauchs erforderlich würde, noch auf einige Jahre hinauszuschieben. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen hat nunmehr mit einer Eingabe vom 12. Januar 1912 einen Bericht des Direktors Hase vom 24. November 1911 vorgelegt, in dem dargelegt ist, daß der Zeitpunkt gekommen sei, zu dem an die Feinzeit schon ins Auge gefassten Erweiterungsarbeiten herangetreten werden müsse, wenn man nicht dazu schreiten wolle, das erforderliche Gas vom Hochofenwerk zu beziehen. Direktor Hase und mit ihm die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen haben letzteres empfohlen und beantragt, daß dem zu diesem Behufe mit der Aktiengesellschaft Hochofenwerk Lübeck abgeschlossenen, am 2.3. Februar 1912 unterzeichneten Vertrage die Genehmigung erteilt werde. Die Durchführung des Vertrages macht die Herstellung einer des Hochofenwerk mit der Gasanlage II verbindenden Gasrohrleitung, deren Kosten auf 187 000 Mk. veranschlagt sind, und einiger Nebenanlagen auf dem Gaswerk II zum veranschlagten Kostenbetrage von 73 000 Mk. nötig. Das Gesamtkostenverhältnis beträgt mithin 260 000 Mk. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen hat um die Bewilligung dieses Betrages nachgesucht und ferner empfohlen, mit der Herstellung des Anschlusses an das Hochofenwerk die Errichtung einer Gasbehälterstation in Rücksicht zur Versorgung der dortigen Arbeiteranstellung mit einem Kostenantrag von 43 000 Mk. zu verbinden und diese Station an die vorhandene, aber bereits überlastete Hochdruckleitung Lübeck-Strabemünde — Kostenverhältnis 15 500 Mk. — anzuschließen. Der Senat ist in Übereinstimmung mit dem Finanzdepartement zu der Überzeugung gelangt, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen gutzuheißen sind. Er beschließt demnach, zur Genehmigung der Bürgerbeschluß zu fassen: 1. daß der von der Verwaltungsbehörde

für städtische Gemeindeanstalten mit dem Hochofenwerk unter Vorbehalt der Zustimmung von Senat und Bürgerschaft abgezeichnet, am 2. A. Februar 1912 unterzeichnet und in der Anlage abgedruckte Vertrag genehmigt werde; 2. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, a. das Gaswerk II in Lübeck an die Kaserne des Hochofenwerks in Herrenweg mit einem Kostenaufwande von 260 000 Mk. anzuschließen, b. in Rückzug eine Gasbehälterstation mit einem Kostenaufwande von 43 600 Mk. zu errichten, c. diese Station mit einem Kostenaufwande von 15 500 Mk. mit der vorhandenen Hochdruckleitung Lübeck-Travemünde zu verbinden und mit Einrichtungen zu versehen, die gestatten, Gas von Rückzug nach Travemünde oder Schwartau überzubringen; 3. daß die Gesamtkosten im Betrage von 260 000 Mk. + 43 600 Mk. + 15 500 Mk. = 318 600 Mk. auf Anleiheemittel der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten angewiesen werden. Der Bürgerausschuß sprach sich gutachtlich für den Senatsantrag aus.

**Jahresbericht der Filiale Lübeck des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen.** Die erste Hälfte des Jahres 1911 verlief für die Organisation ziemlich ruhig. Der Geschäftsgang war im Frühjahr ein guter, was vom Herbst allerdings nicht gesagt werden kann. Die Frequenz des Arbeitsnachweises im Jahre 1911 gestaltete sich wie folgt: In 144 Fällen wurde der paritätische Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern in Anspruch genommen und zwar für die Herrenschneiderei in 136 und für die Damenschneiderei in 8 Fällen. Angemeldet wurden im ganzen 169 Arbeiter für Herrenschneiderei und 12 für Damenschneiderei. Seitens der Arbeiter wurde der Nachweis von 93 Kollegen 144mal in Anspruch genommen, 89 Kollegen wurde Arbeit zugewiesen, 4 Kollegen erhielten keine Arbeit. Daß die Arbeit nicht angenommen resp. die Arbeiter nicht eingestellt wurden, kam in 19 Fällen vor; unerledigt blieben 27 Arbeitsstellen. Von den Arbeitern, die den Nachweis in Anspruch nahmen, waren 84 organisiert, von den übrigen 9 ließen sich 8 in den Verband aufnehmen. Die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes hatten in 75 Fällen Arbeit angemeldet. Der Verbandsbesuch war kein guter zu nennen. Es nahmen durchschnittlich 50 Kollegen an den Versammlungen teil, dagegen waren die einzelnen Geschäftsführungen von den daran Beteiligten sehr gut besucht. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Arbeit in 23 Sitzungen, an 14 Werktagen nahmen Mitglieder der Ortsverwaltung teil. Außerdem waren verschiedene Sitzungen nötig wegen Nichterhaltung des Arbeitsnachweises, und mußten wir dieserhalb verschiedentlich beim Arbeitgeberverband vorstellig werden. Im August und September machte sich schon ein regeres Leben innerhalb der Filiale bemerkbar. Galt es doch Stellung zu nehmen zur Kündigung des Tarifes. Da der Arbeitsverdienst mit der Lebensmittelerhöhung wenigstens einigermaßen Schritt halten muß, so war es notwendig, den Tarif am 1. Dezember zu kündigen. Eine am 16. August tagende Mitglieder-Versammlung beschloß einstimmig, die Kündigung einzureichen. Mit den weiteren Arbeiten wurde die Ortsverwaltung beauftragt. In einer am 22. November stattgefundenen Versammlung konnte der neu aufgestellte Tarif vorgelegt werden, dem zugestimmt wurde. In unsern Kollegen wird es nun mit liegen, den aufgestellten Forderungen Geltung zu verschaffen. Auch wurde in Grevesmühlh. i. M. der seit 1908 bestehende Lohnarif von unserer Filiale aus zum 1. April 1912 gekündigt. Am 15. Oktober ist in Eutin mit den dortigen Arbeitgebern ein fester Stücklohnarif abgeschlossen worden. Auf das erste Schreiben, das seitens der Ortsverwaltung an jeden einzelnen Arbeitgeber ging, erfolgte keine Antwort; erst nach dem zweiten Schreiben, worin den Herren mitgeteilt wurde, daß sie auch die Verantwortung für ihr jetziges Verhalten später zu tragen hätten, ging uns von den einzelnen Arbeitgebern ein Schreiben zu, worin sie sich zur Verhandlung mit der Organisation bereit erklärten. Am 8. Oktbr. fanden die Verhandlungen statt, welche zu einem befriedigenden Resultat führten. Zu verzeichnen ist Abschaffung von Kost- und Logiswesen und eine 15 bis 20 prozentige Lohnhöhung und 10stündiger Arbeitszeit. Bisher war auf einigen Stellen noch eine solche von 12 Stunden vorherrschend. Es ist hieraus zu ersehen, daß wenn die Kollegen der kleineren Städte sich zusammenschließen, auch für sie etwas getan werden kann, denn nur allein der Organisation haben es die Eutinier Kollegen zu verdanken, daß am 15. Oktober der Tarif von sämtlichen Arbeitgebern unterschrieben wurde. Der schriftliche Verkehr gestaltete sich folgendermaßen: eingegangen sind 168 Briefe, Karten und Druckfachen, ausgegangen sind 287. Neben dem schriftlichen Verkehr machten sich noch persönliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen verschiedenen Umgehungen des Tarifes notwendig. In drei Fällen mußte das Ortschiedsgericht angerufen werden. Der erste Fall betraf die Firma Färböter. Hier hatte das Schiedsgericht zu entscheiden, ob die Firma als ein Spezial-Damengarderoben-Geschäft anzusehen sei. Die Arbeiter gingen von dem Standpunkt aus, daß bei der Firma auch Herrngarderobe angefertigt würde, weshalb der betreffende Arbeiter, der auf Herrenschneiderei eingestellt wäre, die 15 Proz. Lohnhöhung zu verlangen hätte, wenn er Damengarderobe mit machen müßte. Vom Schiedsgericht wurde unser Antrag abgelehnt. Der zweite und dritte Fall betraf die Firma K. Karnadt sowie Haerder u. Co. In diesen beiden Geschäften sollte eine Verlegung der Arbeitszeit vorgenommen werden, wogegen die Filiale Klage beim Ortschiedsgericht einreichte. Das Schiedsgericht kam in beiden Fällen einstimmig zu der Entscheidung, daß der Tarif für beide Firmen maßgebend sein müsse und somit die Arbeitszeit von 7-7 Uhr festzusetzen hätte. Bei der Firma Haerder u. Co. liegen nun die Verhältnisse so, daß das Geschäft erst später geöffnet wird und kein besonderer Eingang zur Werkhube vorhanden ist. In diesem Fall wurde der Vorstand des Arbeitgeberverbandes beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden, um Einrichtungen zu treffen, daß die Arbeiter früher zur Arbeitsstelle gelangen können. Der Mitgliederbestand am 31. Dezember 1910 betrug 282, Aufgenommen 55, zugereist 49, abgereist 73, gestorben 2, ausgetreten 10, geistlichen wegen zu hoher Beitragsrückstände 5. Am 31. Dezember 1911 waren insgesamt 239 Mitglieder vorhanden, das ergibt eine Zunahme von 7. Einnahme der Hauptkasse 5143,27 Mark. Ausgaben: für Reiseunterstützung 252,66 Mk., Krankenunterstützung 819,70 Mk., am Ort zurückbehalten 1022,63 Mk., an die Hauptkasse gefandt 2995,- Mk., sonstige Ausgaben 4,50 Mk., zusammen 5094,49 Mk. Bestand am 31. Dezember 1911 48,78 Mk. Lokalkasse: Bestand am 31. Dezember 1910 1796,65 Mk., Einnahme 2364,08 Mk., Summa 4160,73 Mk., Ausgaben 1844,85 Mk., darunter für die Witwe eines verstorbenen Mitgliedes 80,- Mk., Lokalgeldent an zugereiste Kollegen 151,20 Mk., Jugendheim 20 Mk., Tapezierer 30 Mk., Tabakarbeiter 30 Mk., Reichstagswahl 70 Mk. Bestand am 31. Dezember 1911 2315,87 Mk. Kollegen, wir sehen, daß auch im letzten Jahre eine Vormärtsentwicklung stattgefunden hat. Es hat sich die Zahl unserer Mitglieder vermehrt, insbesondere haben sich auch unsere Kassenvorhältnisse gebessert. Die Organisation hat alles aufgegeben, um den Kollegen ein besseres Dasein zu schaffen. Möge aber auch jeder einzelne Kollege im neuen Jahr zur weiteren Vormärtsentwicklung unserer Organisation beitragen, dann werden wir getroffen in

die Zukunft blicken können und jeden Vorstoß der Unternehmerrückwärts zu schlagen. Kollegen besucht die Versammlungen, tue jeder seine Pflicht, dann werden wir auch am Schlusse des Jahres 1912 mit unserer Arbeit zufrieden sein. Denn auch bei uns muß es heißen: Durch Kampf zum Sieg.

**Ein Lübecker Rechtsanwalt als Angeklagter.** Die „Kieler Ztg.“ berichtet: Wegen Beleidigung des Segeberger Stationsvorstehers war der Rechtsanwalt Dr. W. in Lübeck vom Segeberger Schöffengericht zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dies Urteil hatte Dr. W. Berufung eingelegt. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Sonntag den 16. Juli wollte Dr. W. nach einem Besuche von Segeberg nach Lübeck zurückkehren. An dem nur von einer Person bedienten Fahrkartenschalter herrschte starkes Gedränge. Weil die Zeit drängte und Dr. W. außerdem noch einen Koffer aufzugeben hatte, verlor er sich vorzudrängen. Der Stationsvorsteher, der seine rote Mütze nicht aufgesetzt hatte, aber doch als Bahnbeamter kenntlich war, sagte ihm, er solle sich hinten anschließen. Es entspann sich dann ein Wortwechsel, und Dr. W. soll nun gesagt haben: „Halten Sie den Mund“ und „Sie Ausverschämter“. Dr. W. bestritt vor dem Berufungsgericht in Kiel, den Stationsvorsteher beleidigt zu haben; das Wort „Ausverschämter“ läge ihm garnicht, wahrscheinlicher wäre es, wenn er „Underschämter“ gesagt haben sollte. Das Berufungsgericht erachtete die dem Angeklagten zur Last gelegten Ausdrücke für erwiesen; es sei aber nicht festgestellt, daß die Bezeichnung „Ausverschämter“ auf den Stationsvorsteher gemünzt gewesen sei, möglich sei, daß der Ausbruch einer dritten Person gegolten habe. Durch die Worte „Halten Sie den Mund“ sei der Bahnhofsvorsteher herabgesetzt worden und es habe deshalb Verurteilung wegen Beleidigung eintreten müssen. Die Geldstrafe wurde jedoch auf 20 Mk. ermäßigt. Der Angeklagte hat außer den Kosten der ersten Instanz die halben Kosten der Berufungsinstanz zu tragen. Dem beleidigten Stationsvorsteher wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

**pb. Fahrabdiebstahl.** Am 14. ds. Mts. abends gegen 7 1/2 Uhr ist vom Flur des Hauses Königsstraße 48 b ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, neuen gelben Mänteln und der vom Polizeiant gelieferten Erkennungsnummer 14717 abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden.

**Hansa-Theater.** Man schreibt uns: Mit dem 16. Februar treten neue Spezialitäten auf, unter anderem Red und Beet, die komischen Parodisten. Oben Obet, orientalischer Akrobatentakt. Die größte Nummer im Spezialitäten-Programm ist die Familie Wiers, bestehend aus 2 Herren und 2 Damen. Die Hauptattraktion ist aber Harry Walden. Der große Erfolg des „Brettkönigs“, der fast jeden Abend vor dichtgefülltem Hause in Szene geht, haben Direktor Gollbach veranlaßt, Harry Walden auf weitere 14 Tage fürs Hansa-Theater zu verpflichten. Sonntag nachmittag 4 Uhr findet Volks- und Fremdenvorstellung zu kleinen Preisen statt, in der sämtliche Künstler auftreten.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Am Freitag geht in neuer Einstudierung Henrik Ibsens Schauspiel „Die Wildente“ mit Herrn Nihil vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg als Gast in der Rolle des Hjalmar Ekdahl, bei ebendiesem Schauspiel-Preisen in Szene. Die übrigen Hauptrollen sind mit den Damen Betse, Mutter, Laubien, sowie den Herren Brunow, Nowack, Schweigguth, Poff, Penckler besetzt. — Am Sonnabend gelangt die Oper „Der Rosenkavalier“ von Strauss zur nochmaligen Aufführung. In Vorbereitung befindet sich die Opern-Novität „Eugen Onegin“ von Tschaikowsky. Die Vorproben zu diesem hochinteressanten, musikalisch hervorragenden Werk sind bereits im vollen Gange.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Morgen Freitag abends 8 Uhr, geht Verdis große Oper „La Traviata“ in derselben Besetzung wie im Neuen Stadttheater in Szene.

**w. Mölln. Musterung.** Nach der „Möllner Ztg.“ findet die Musterung der Militärpflichtigen in diesem Jahre am 9. und 11. März in der Harmonie statt. Bisher waren diese Musterungen auf dem „Schützenhofe“. Nach dem Brande des Schützenhofes bewarben sich verschiedene Wirte, so der des „Doktorhofs“, des „Koloosseum“, um die Musterungen und schien seitens der zuständigen Behörden das „Koloosseum“ als das für dies Geschäft bequemste bestimmt zu sein. Bekanntlich hat der Wirt vom „Koloosseum“ während des Wahlkampfes auch der Sozialdemokratie das Lokal zur Abhaltung einer Wählerversammlung zur Verfügung gestellt, und wenn nun die Musterungen plötzlich in der „Harmonie“ stattfinden sollen, kann man auf den Gedanken kommen, daß die Ergabbehörde nur deswegen die Musterungen nach der räumlich recht beschränkten „Harmonie“ verlegt hat, um dem Koloosseumwirt in Erinnerung zu bringen, daß man in Preußen = Deutschland mit dem Militärwesen eine Waffe in der Hand hat, von der man zu zweckem Gebrauch macht, denen sie eigentlich nicht dienen soll. — Einen großen Anblick bot gestern unsere Hauptstraße; die Polizei hatte Befehl gegeben, daß die Bürger die seit ungefähr 14 Tagen in der Straße lagernden Schnee- und Gasmassen entfernen sollten und gehoriamst befolgten unsere Bürger diesen Befehl. Mit Äxt und Schaufel ging man an die Arbeit. Wir hatten unsere eigenen Gedanken. In dem Kurort Mölln wird im Frühjahr und während des Sommers eine ganze Anzahl städtischer Arbeiter beschäftigt, um die Wege und Stege in Ordnung zu bringen, auf welchen sich die Kurgäste ergehen können, auch die Straßen werden von diesen Arbeitern gepflegt und so macht Mölln dann im Sommer einen ganz freundlichen und reinlichen Eindruck. Anders im Winter wenn es friert und Schnee und Kurgäste hier nicht vorhanden sind. Da kümmert sich unsere Stadtverwaltung sehr wenig um die Verhältnisse in den Straßen; da scheint man der Ansicht zu sein, der Gott, der es schneien läßt, wird schon dafür sorgen, daß der Schnee wieder wegtaut und legt die Hände in den Schoß, und wird der Dreck zu tief, na, dann können die Bürger, die die Arbeiten bezahlen müssen, die zur Bequemlichkeit der Kurgäste geleistet werden, den Dreck selbst von der Straße schaffen. Jeder wird eben regiert, wie er es verdient. — Die Kreisverwaltung hatte bei dem Schneefall vor 14 Tagen die Chauffeuren mit dem Schneepflug passierbar gemacht, die Möllner Stadtverwaltung kümmert sich um solche Kleinigkeiten nicht, solche Arbeit überläßt man anderen, und so mußten die Fuhrwerke die Schneemassen festfahren; die Arbeitslosen, die sich gerne durch Schneefahren ein paar Groschen verdient hätten, können betteln gehen, wenn sie hungrig sind. — Wie lange wird sich die Möllner Bevölkerung solche Behandlung gefallen lassen?

**Hamburg. Mühlenarbeiterstreik.** Die Arbeit niedergelegt haben am 13. Februar sämtliche Arbeiter der „Reis-“ und „Grüzmühle“. A. Oppenheimer u. Co. zu Hamburg. Zwischen der Firma und der Arbeiterorganisation bestand ein Tarifvertragsverhältnis, das am 31. Dezember 1911 sein Ende erreichte. Die Arbeiter reichten einen den heutigen Zeitverhältnissen ent-

sprechenden Tarifentwurf an die Firma ein. Diese lehnte jegliche Verbesserung ab, erklärte sich aber bereit, den bisherigen Tarif unverändert für weitere drei Jahre anzuerkennen. Das lehnten die Arbeiter ab. Nachdem jeder Versuch der Vertreter des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, eine gütliche Einigung zu erzielen, an dem ablehnenden Standpunkt der Firma scheiterte, ließen 80 Arbeiter die Arbeit ruhen. Die Firma beschäftigt 80 Personen. Es wird erlucht, den Zugang von Müllern, Handwerkern, Holzern und Mühlenarbeitern nach diesem Betrieb streng fernzuhalten.

**Wilhelmshaven.** Zur Wilhelmshavener Spionageaffäre. Wie die Braunschweigische Landeszeitung erfährt, sind in der Wilhelmshavener Spionageaffäre bis jetzt sechs Personen wegen Spionagedachtes verhaftet worden. Der von England wegen Diebstahls nach Deutschland ausgefahrene Schumann Claus soll ein Geständnis abgelegt und alle seine Mitschuldigen namhaft gemacht haben.

**Bremerhaven.** Vom Zuge enthaupet. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag nachmittag beim Schuppen 17 am Kaiserhafen, wo der Borsarbeiter Johann Habenhausen von einem rangierenden Güterzuge überfahren und getödet wurde. J. hatte sich auf den Schienenstrang begeben, geriet hier mit einem Weim fest und wurde von der Maschine, deren Führer ihn nicht gesehen und deren Herankommen von Habenhausen nicht bemerkt worden war, so unglücklich angefahren, daß er quer über die Schienen zu liegen kam. Die Maschine ging über den Unglücklichen hinweg und trennte ihm den Kopf vom Rumpfe, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Auch ein Weim ist dem Getöteten abgefahren.

**Augustsehn (Oldenburg).** Ein Ehepaar ertrunken. Die kürzlich hier zugezogenen Eheleute Buchholz haben sich Dienstag abend auf dem Wege nach ihrer Wohnung verirrt, sind dabei in einen Kanal geraten und ertrunken. Die Leichen sind geborgen.

**Oldenburg.** Wahnsinnig. In Gandersee wurde der Landmann Meyer wahnsinnig, nachdem er 80000 Mark verspielt hatte.

### Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**An die organisierte Arbeiterschaft Lübecks!**  
Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren wohl selbst die Erwartungen der größten Optimisten in bezug auf Ausdehnung und innere Festigkeit übertroffen. Auch unsere Gewerkschaft der auf dem Boden der modernen freien Arbeiterorganisationen stehende Handlungsgehilfenverband, partizipiert an diesen Erfolgen zum nicht geringen Teil. Zählte doch unsere Organisation im Jahre 1901 nur 1838 Mitglieder und heute, nach 10 Jahren, müßten wir bereits die stattliche Zahl von mehr als 15 500. Das bedeutet, daß sich die Gewerkschaft in diesem Zeitraum zur elffachen Stärke emporgearbeitet, daß auch in den Reihen der Handelsangestellten sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, dem Standesdünkel, der von den anderen sogenannten Organisationen künstlich gezüchtet und gehegt wird, zum Trost ist man auch in unseren Kreisen zum Bewußtsein gekommen, daß eine Vereinigung nur dann praktischen Wert haben kann, wenn sie sich die Arbeiterorganisationen, die freien Gewerkschaften zum Vorbild nimmt, um als festes Glied in der starken Kette mitzuführen.

Wenn aber auch diese Entwicklungsergebnisse für die Verhältnisse in unserem Beruf überrachend sind, die Entwicklungsmöglichkeiten sind ungleich größere. Gibt es doch noch hundert, ja tausende Handelsangestellte, die jeglicher Organisation indifferent gegenüberstehen. Betrachtet man einmal die in Warenhäusern, Kontoren und Läden Beschäftigten! Ist nicht der weitaus überwiegende Teil derselben unorganisiert, trotzdem fast alle in Arbeiterfamilien zu Hause sind, wo es sich der Vater zur Ehre anrechnet, nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch parteipolitisch organisiert zu sein. Diese traurige Tatsache ist wohl wert, einmal der Öffentlichkeit preisgegeben zu werden und wir werfen deshalb die Frage auf: Sollte es den Eltern nicht möglich sein, in diesem Sinne erzieherisch und aufläuternd auf ihre Kinder zu wirken? Die geradezu noch akter Beschreibung spottenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe sollten den Arbeitern die Augen öffnen und sie dazu bringen, daß sie ihren Kindern den Weg zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zeigen. Wir können nicht jeden einzelnen kennen, viel weniger für unsere Gewerkschaft interessieren. Deshalb wenden wir uns an die organisierte Arbeiterschaft Lübecks mit der Bitte: Schickt uns eure Söhne und Töchter! Sendet uns Adressen auch bekannter Handlungsgehilfen und -gehilfinen! Kein anderer Verband hat das zu leisten vermocht, was wir getan haben für die Angestellten. Tarife mit Warenhäusern, Konsumvereinen usw. sind von uns geschaffen zum Wohl und Vorteil der Beschäftigten. Für jeden denkenden Handlungsgehilfen gibt es nur eine zuständige Organisation: Der Zentralverband. Druckfachen stellen wir bereitwillig zur Verfügung und sind zu jeder weiteren Auskunft gern bereit!

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinen Deutschlands, Bezirk Lübeck.  
J. A.: Julius Odenthal, Vorf., Hügelstraße 79 II.

### Ordnung.

Für den Wahlfonds gingen ein:  
Zeitgemäße Kriegführung . . . 10.— Mk.  
D. . . . . 1.—  
Das Parteisekretariat.

### Briefkasten.

**Streitende.** Genosse Antrieb vertrat von 1898 bis 1903 den Wahlkreis Cottbus-Spremberg. Bei der Zolltarifdebatte 1902 hielt er seine stündige Obstruktionsrede. Im Jahre 1904 kandidierte er zu dem am 23. Novbr. stattgefundenen Nachwahl im 2. Mecklenburger Wahlkreis (Schwerin-Wismar), unterlag hier aber gegenüber dem Nationalliberalen Wüsing.  
D. M.-n. Tutti quanti = alle zusammen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: J. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Prospekt der Samenhandlung von Friedrich Michael, Lübeck, bei.

Am 14. Februar starb nach längerer schwerer Krankheit meine liebe Frau

## Therese Böbs

geb. Wilken  
im 78. Lebensjahre.  
Sie betrauert von  
August Böbs  
Johannes Böbs  
Heinrich Knop u. Frau, geb. Böbs  
Heinrich Kötter  
Karl Böbs und Frau, geb. Lange  
und alle die ihr nahe standen.  
Die Beerdigung findet Sonnabend  
nachmittag vom Trauerhause, Trauer-  
stube, Sturgartenstraße 81 aus statt.

### Dankagung.

Für die erwiesene Teilnahme und  
reichen Kranzspenden bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes,  
sowie Herrn Pastor Vietig für die  
tröstlichen Worte am Sarge, dem  
Fabrikarbeiter-Verein und dem  
Sozialdemokratischen Verein, ins-  
besondere den Werkarbeitern für  
die gütige Unterstützung sage ich  
hiermit allen meinen innigsten Dank.

Elise Kasch Ww.

Eintragsdorf, **nebst Kinder.**

Gefucht zu Ostern ein Lauf-  
mäddchen für 3 Tage der Woche.  
Brüderstraße 8. part.

### Eine fast neue Zither

zu verkaufen.  
Schwartau, Lübecker Straße 2.

Eine große Partie

**Ferkel**

sicht zum Verkauf.  
Joh. Ahrens, Fremdsamp 12.

Nüßliche Damen-Maschenanzüge  
billig zu verm. Danststr. 53, II.

Flotte farb. D.-Maschenanzüge  
zu verm., v. 4 Mk. Weithofstr. 1. I.

Herrn- u. Damen-Maschenohr-  
stücke billig zu vermieten.  
Ludwigstraße 61. part.

1 neuer Damen-Maschenanzug  
(Zigeunerin) billig zu vermieten.  
Gleiwitzstraße 5.

Flotte Damen-Maschenanzug  
(Schellenkönigin) zu vermieten.  
Wattenhofstraße 19, II. S.

Flotte Damen-Maschen-Anzug  
zu vermieten. Glorinstraße 6.

Junge Mädchen können  
Weißnähen gründlich erlernen  
Broslingstraße 30, part.

## Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —

100 Stück von Mk. 1.— an

liefert

Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.

Johannisstraße 46.

## Für unsere Leser!

Ein hochinteressantes Originalwerk

### Die französische Revolution

in Wort und Bild.

Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier  
gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text  
bieten wir unseren Lesern

zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.

Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.



## So wirkt ein Schleimzusatz von



### Knorr-Hafermehl

zur Kuhmilch

Seit 40 Jahren bewährt.

### Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kahlm. 10.

sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	2.20—6.45
Maurerhosen . . .	2.60—6.75
Schlosserhosen . . .	1.88—5.25
Überziehhosen . . .	1.08—2.35
Zwirnhosen . . .	1.68—3.25

leinere Jacken, jährige u. gerade,  
1.28, Rajen, Hemden, Schlach-  
terjacken, Friseurjacken, Malermäntel  
erstaunlich billig. Mägen von 30  
Bf. bis 1.88 Mk. Note Lubecaun.

Ein guterh. Korbkinderwagen  
zu verkaufen.  
Margaretenstraße 15.

Täglich frische  
Meiereibutter Pfd. 1.40 Mk.  
Wilh. Schiering, Dornestr. 47.

Frau S. Hannemann Ww.  
Hebamme  
wohnt jetzt  
Engelsgrube 59, 2. Etg.

Anfertigung von Saararbeiten,  
Anlauf von Frauengaar.  
Johannisstraße 21.

## Kaufe nur Sonnabend,

den 17. Februar von morgens 10 Uhr bis 6 Uhr

### Alte künstliche Gebisse

im Hotel „Zum Anker“, Untertrave 108,  
parterre rechts. Zahle pro Zahn bis 1 Mk.

## Dilettanten-Klub „Freiheit“.

### Einladung zum Stiftungs-Fest

bestehend in Theater-Aufführung, Ball und Kappensfest  
am Freitag, dem 16. Februar 1912  
im „Konzerthaus Flora“.

Kaffeeöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 30 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 15 Pfg.  
Von 8—10 Uhr: Konzert und Theater-Aufführung, nachdem Ball.  
Das Komitee.

## Hansa-Theater.

Telephon 610 8 1/2 Uhr 8 1/2 Telephon 610.

Ab Freitag, den 16. Febr. 1912:

### Auftreten neuer Spezialitäten

Red und Beet Iben Obet  
Die komischen Parodisten. Orientalischer Akrobalen-Akt.

Familie Liviers  
Doppeldrahtseil-Akt.  
Ferner allabendlich:

### Der Brettelkönig

mit Harry Walden als Gast in der Hauptrolle.

Sonntag, den 18. Februar, nachm. 4 Uhr zu kl. Preisen:  
Volks- und Fremden-Vorstellung.

## Für Gartenbesitzer!

Wie alljährlich habe ich auch in diesem  
Jahre die Gelegenheit benutzt, den Lesern  
dieses Blattes mein Preisverzeichnis auf dem  
Wege als Beilage zugehen zu lassen. Ich knüpfe  
hieran die Bitte, jeder Gartenbesitzer möchte  
doch an den Einkauf der Sämereien rechtzeitig  
denken, da infolge des zu trockenen Sommers  
in vielen Artikeln eine grosse Knappheit vor-  
herrscht und zu der eigentlichen Saatzeit  
mancher Artikel nicht mehr zu beschaffen ist.

### Friedrich Michael,

Samenhandlung, Breite Straße 49.

## Von Pol zu Pol

von Sven Hedin

ist wieder vorrätig. Preis 3 Mark.

Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

E. Boy, König.  
Str. 61. S. 1811.  
Marktstraße 46.  
Freitag und Sonnabend frisch  
eintreffend:  
Notbarsch, Kabschau, Bengisch  
im Geschmack wie Dorsch.

### Zür Zahnleidende!

Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne  
ohne Herausnahme der Wurzel  
unter Garantie der Brauchbarkeit  
beim Essen.

Teilzahlung gestattet.  
Breite Straße 58  
Marcks, v. 10—1 u. 4—6 Uhr.

## Arbeiter-Abstinenzbünd

### Versammlung

am Freitag, dem 16. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftsbaus“  
Johannisstr. 50—52.  
Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Verein

### Schwartau-Rensefeld.

### Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 16. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

## Freie Jugend

Stockelsdorf u. Umgegend.

## Theater-Abend

am Sonntag, dem 18. Februar  
I. Lokale d. Hrn. Paetau, Fackelbg.  
Kaffeeöffnung 6 Uhr.  
Anfang 6 1/2 Uhr präzis.  
Eintritt à Person 10 Pfg.  
Um zahlreichem Besuch bittet  
Der Jugend-Ausschuss.

## Sonntag, den 18. Februar

### Fastnachts-Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein  
Derenburg. D. Schliecker.

## Universum

Treffpunkt aller  
fröhlichen Menschen!  
Täglich das lustige  
Heinr. Kainberg-Ensemble  
(10 Personen).

### Eine Nacht in d. Amorsälen

u. 20 Programmnummern.  
Beginn 8 Uhr. Ende 12 Uhr.  
Entree 20 Pfg.  
Nach der Vorstellung  
Künstler-Kabarett.

## Neues Stadttheater.

Freitag, 16. Februar. 7 1/2 Uhr.  
Woll-Ab. 128. Freitag-Ab. 21.  
Gewöhnliche Schauspiel-Preise.

### Einmal. Gastspiel Robert Nil

vom „Deutschen Schauspielhaus“  
in Hamburg.  
Neu einstudiert!  
Die Wildente.  
Schauspiel von Henrik Ibsen.  
Sonnabend, 17. Februar. 7 1/2 Uhr.

### Der Rosenkavalier.

Oper von Richard Strauß.  
Vorläufige Anzeige.  
Dienstag, 20. Februar. 7 1/2 Uhr.  
Bei gewöhnlichen Operpreisen!  
Gastspiel des Kgl. Kammerjägers  
Alois Pennarini  
vom Hamburger Stadttheater.

### Tannhäuser.

Große Oper von R. Wagner.

## Stadthallentheater.

Freitag, 16. Februar. 8 Uhr.  
„La Traviata“.  
Große Oper von Verdi.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Roh, Stohmart 13.

## Wer kann den Reichstag auflösen und wie oft darf er aufgelöst werden?

Die beendigten Wahlen zum Reichstag haben vielfach Anlaß gegeben, die oben genannten Fragen neu aufzuwerfen. Die uns zugehenden Anfragen mehren sich noch immer. Da das Gedächtnis sehr oft zu wünschen übrig läßt, auch die bis jetzt erteilten Antworten nicht die gewünschte Beachtung gefunden haben, glauben wir uns der Flut von Anfragen am besten dadurch erwehren zu können, daß wir die Angelegenheit gesondert behandeln. Wir hoffen, daß dann die Anfrager befriedigt sind und daß wir auch vielen anderen Lesern einen Dienst erweisen.

In Artikel 24 der Reichsverfassung, der von der Dauer der Legislaturperiode des Reichstags handelt, findet sich auch die Bestimmung über die Auflösung des Reichstags. Sie lautet: „Zur Auflösung des Reichstags während derselben (der Legislaturperiode) ist ein Beschluß des Bundesrats unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.“

Dieser Wortlaut sagt klar, daß der Reichstag jederzeit aufgelöst werden kann, wenn der Bundesrat dies beschließt und der Kaiser diesem Bundesratsbeschluß zustimmt. Die vielfach verbreitete Ansicht, der Reichstag könne während einer Legislaturperiode nur einmal aufgelöst werden, ist ebenso unrichtig, wie die, daß das drei mal statthalt sei. Erst recht falsch ist natürlich die ebenfalls oft gehörte Meinung, die Auflösung sei während der ganzen Regierungszeit eines Fürsten nur einmal zulässig. Bundesrat und Kaiser können also jederzeit die Auflösung des Reichstags veranlassen. Irgend eine Bindung besteht für sie nicht.

Daß man sich die Anwendung dieser Befugnis im einzelnen Falle erst überlegt, ist wohl selbstverständlich. Man wird zu dem Beschluß, den Reichstag aufzulösen und eine Neuwahl anzuordnen, nur dann kommen, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben scheinen, einen neuen Reichstag zu erhalten, der den Wünschen der Regierung mehr entspricht, als der alte. Es werden also jeweils Berechnungen darüber angestellt werden, ob unter den Voraussetzungen, die zur Auflösung des Reichstages führen, eine andere Mehrheit zusammenkommen kann, als diejenige, die man als unangenehm empfunden hat. Ergeben die Berechnungen die Wahrscheinlichkeit, wenn nicht die Gewißheit, daß ein neuer Reichstag noch weniger der Regierung gefällig sein würde als der alte, so wird man sich die Auflösung sehr überlegen. So sucht denn die Regierung auch jeweils erst nach einem geeigneten Anlaß. 1906 mußten ihn die Nachforderungen für Südwestafrika abgeben. In anderen Fällen waren es abgelehnte Rüstungsfordernngen, die den willkommenen Vorwand boten. Einmal ist der Reichstag auch aufgelöst worden, weil der Reichstag die von der Regierung eingebrachte Sozialistengesetzvorlage nicht glatt schickte, sondern Auslegungen daran machte. Ist der Reichstag aufgelöst, so läßt die Regierung in der Regel alle Wahlen springen, um die Neuwahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Kartell-Wahlwahlen vom Jahre 1887 geben ein sprechendes Beispiel davon. Auch im Jahre 1907 verstand es der verfloffene

Reichskanzler Bismarck, die nötige Stimmung zu machen. Voraussetzung für das Gelingen der Regierungspläne ist in solchen Fällen aber immer noch besonders das Vorhandensein großer Wählermassen, die, ohne feste, klare Überzeugung, sich von je weiligen Stimmungen leiten lassen und bald nach der einen, bald nach der anderen Richtung fallen. Aufgeklärten, überzeugten Wählermassen gegenüber haben solche Regierungsmanöver keinen Erfolg. Leider ist aber das Vorhandensein großer Massen, denen auch heute noch der feste Halt und Standpunkt fehlt, nicht abzutreten. Wohl ist im Laufe der Zeit vieles besser geworden. Die fortschreitende Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie ist nicht ohne fühlbare Wirkung geblieben. Trotzdem ist kein Zweifel, daß z. B. mit dem Kriegsgeschehen, das wiederholt herhalten mußte, mit dem Märchen, daß der Feind an der Grenze stehe und nur auf die günstige Gelegenheit warte, um über uns herzuwühlen, dem Bürger kein Eigentum zu nehmen, alles zu zerstören, immer noch viele Leute sich einspannen lassen. Besonders dazu geschaffene Organisationen im Verein mit einer gewissenlosen Presse haben schon Monate vor den Wahlen in diesem Sinne zu arbeiten versucht. Trotzdem der Erfolg bei den Wahlen ausblieb, weil das Sündenregister unserer Gegner eben doch zu groß war, als daß es durch solche Mittel vergessen gemacht werden konnte, wird jetzt nach der Wahl im gleichen Tone weitergemacht. Parteien und Personen, denen das gleiche Wahlrecht trotz seiner heutigen Verkümmernngen ein Dorn im Auge ist, wenn sie es bei den Wahlen auch abzuleugnen versuchen, schüren und hegen in trautem Verein unter Benutzung all der alten schon gekennzeichneten Lügen, in der Hoffnung, daß sie doch abermals eine Wirkung ausüben könnten.

Die Auflösung eines Reichstags wird am besten durch eine intensive und unablässige Aufklärungsarbeit verhindert. Einige hunderttausend mehr an eingekerkerten Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und ebensovielen an neuen Abonnenten für die Parteipresse sind der beste Schutz gegen alle Überreichungen. Wenn dann die Regierung noch das Bedürfnis hat, den Reichstag aufzulösen, mag sie's riskieren. Die Antwort, die sie erhielt, würde ihr solche Flansen aus dem Kopfe treiben!

## Links Bekämpfung, rechts Unterstützung des Preismuthers.

Die Klagen der mittleren und kleinen Installationsfirmen der Elektrobbranche, ebenso die der selbständig gebliebenen Elektrounternehmungen sind in den letzten Jahren nicht alle geworden. Sie laufen immer nur auf das eine hinaus: wir werden durch die Großen und Größten unterdrückt und so gezwungen, unsere Binde zuzumachen oder in die Arme unserer Geschäftsfeinde zu gehen. Mit der Entwicklung des Baues von Überlandzentralen, die ganze Provinzen und Landesteile mit jeder Art elektrischer Energie versorgen, ist diese echt kapitalistische Methode den Kleinbetrieb und so das, was man den Mittelstand nennt, kaputt zu machen, zur selbstverständlichen Lebensäußerung der Großelektrozititätsindustrie geworden.

Verblüffend wirkt dabei auf den Untertanenverstand die eigenartige Methode, mit der sich die Regierung zu-

gleich mit den Beschwerden der bedrückten Betriebe und der Unterdrückungstendenz der Kleinunternehmungen abfindet. In verhältnismäßig kurzen Zeiträumen und so auch jetzt wieder, veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ großartig klingende Regierungserlasse. In ihnen wird darauf hingewiesen, daß die „nachgeordneten“ Behörden streng darauf zu achten haben, daß bei Überlandzentralen und ähnlichen Elektrobetrieben durch die Großen nicht monopolartige — Installationsgeschäfte zu machen verlernt werden. Den Tochtergesellschaften und auch den Mutterinstituten, wie A. E. G. und Siemens und Halske, gewährt der Staat fortgesetzt neue Alleinbenutzungsrechte von Staatsstraßen zur Kabellegung, er bietet ihnen alle namentlich die günstigsten Kraft erzeugungsmöglichkeiten an. Daß sich dabei Monopolbedürfnisse gewissermaßen von selbst bilden, ist den Regierungstellen unklar, sie wissen nur, daß den Elektrozitältern jede Entwicklungsmöglichkeit von Staats wegen geschaffen werden muß, und daß man ihnen dabei nicht durch staatliche Kontrollverlangen hineinspielen darf — weiter wissen sie nichts! Werden dann die vom Staate erst ermöglichten Monopolgeleiste der privaten Kapitalisten bemerkbar, dann kommen die berühmten schlaunen Erlasse: Monopole bei der Hausinstallation von Energie aus elektrischen Kraft- und Lichtzentralen sind streng untersagt. Es ist natürlich klar, daß das kleine Installationsgeschäft, der elektrische Mittelstand, eben nur soweit Geschäfte macht, als es die Besitzer und Herren der großen Zentralen innerhalb ihres Leistungsbereiches dulden! Was von umso größerer Bedeutung deswegen ist, weil die Elektrozitältern alle selbst Installationsabteilungen besitzen!

Noch unglücklicher wird aber solche Regierungsweisheit, wenn wie jetzt dem Monopolverbot parallel der Verkauf eines riesiger staatlichen Braunkohlenfeldes an der Bitterfelder Eisenbahnlinie geht! Dort in dem Gebiet kommt demnächst ein gewaltiges Kraftzentralenwerk zum Leben, es soll die elektrische Energie zu der in jener Gegend schon eingeführten Elektrifizierung schaffen, im besonderen die Erweiterungsmöglichkeiten bieten. Damit nun der Staat seine elektrische Energie für den Eisenbahnbetrieb recht teuer kaufen kann, verkauft er reich seinen zur Erzeugung von elektrischer Energie sehr notwendigen Braunkohlenfelderbesitz — es sind 126 Hektar! — meistbietend an die Privatleute, die dann natürlich das Elektrizitätswerk bauen! Wenn nicht jetzt schon die reaktionäre Presse diesen Plan eifrig verteidigt, man würde es einfach nicht glauben. Das in jener Gegend — dem mitteldeutschen Braunkohlenbecken — entstehende elektrische Kraftwerk würde, unter staatlicher Kontrolle oder zum wenigsten Einflusse stehend, eine beispiellose Entwicklungsmöglichkeit bedeuten. Damit dies nicht eintritt, und damit das privatkapitalistische Kraftwerk wieder einmal monopolartige Geschäftsmöglichkeiten hat, verkauft der preukische Fiskus rasch an die Interessenten seine Braunkohlenlager.

Die nächste Tat Bethmann-Hollwegs wird wahrscheinlich, wie wir schon heute zu verraten in der Lage sind, eine Verordnung gegen die Monopolbestrebungen an der Bitterfelder Staatsbahnlinie durch die Eigentümer des großen dortigen Elektrizitätswerkes sein! O hohe Regierungsweisheit, wer kann dich begreifen?!

## Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(20. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Er schritt ein paar Minuten auf und ab, nachdenklich, mit auf dem Rücken verchränkten Armen. Blöcklich blieb er vor ihr stehen.

„Wir müssen sofort an Deinen Vater schreiben,“ sagte er, dem Ton seiner Stimme eine mildere Klangfärbung gebend. „Er muß uns telegraphisch Geld anweisen. Ich schreibe, und Du fügst ein paar Zeilen hinzu, damit die Sache einen natürlicheren Anstrich hat.“ Er lachte zynisch. Sie ließ ihre Hand sinken, und sah ihn befremdet, aufs neue erschreckend, an.

„Na,“ er stand breitbeinig vor ihr, seine Blicke lächelten sie an mit einem pfliffigen und ermunternden Ausdruck. „Na, versteht Du mich nicht? Natürlich werden wir Deinem Vater nicht auf die Nase binden, daß ich unsere ganze Reisekasse an der Spielbank verloren habe. Nees, fällt uns natürlich nicht ein. Die moralische Entrüstung von dem alten Herrn, ich danke! Mein Prestige wäre für immer dahin.“

Er lachte wieder, anscheinend wohlgelaunt, vergnügt über den Scherz, den er vorzubringen schien. Helene starrte noch immer fragend, verständnislos zu ihm empor.

„Also,“ fuhr er behaglich fort. „Wir werden uns eine nette kleine Räubergeschichte ausdenken. — Warte mal, was denn nun gleich?“

Er nahm seine Wanderung wieder auf, mit sinnend gesenktem Gesicht.

„Verloren? Ist zu einfach, schon zu oft dagewesen. Angefallen worden von Räubern bei einer Spazierfahrt in die Umgegend — klingt wieder zu romantisch. Das glaubt er am Ende auch gar nicht. Das Beste und Natürlichste bleibt immer: Gestohlen! — Aber wie, wo und von wem?“

Der jungen Frau schoß das Blut der Scham ins Angesicht, und mit wirren und verstörten Blicken verfolgte sie die Bewegungen des noch immer vor ihr Auf- und Abschreitenden. Ihm schien nun angesichts ihres apathischen Verhaltens wiederum der Ärger zu Kopf zu steigen.

„Na, warum stierst Du mich denn so teilnahmslos an,“ rief er, vor ihr stehen bleibend, „als ob Dich die ganze Geschichte nichts angehe? Hilf mir doch was Plausibles erfinden. Phantastik pflegt ihr Weiber doch wenigstens zu haben.“

Er wartete aber gar nicht ihre Antwort erst ab, sondern nahm sogleich seine Wanderung durch das Zimmer wieder auf, in einemfort schwabend, Pläne schmiedend.

„Ob ich ihm schreibe, daß mir das Geld beim Umwecheln in die landesübliche Münze gestohlen worden sei? Klingt unwahrscheinlich, sehr unwahrscheinlich. So groß sind die Verhältnisse hier nicht. Oder ob ich ihm vorklunere, daß ich des Nachts beim Nachhausegehen auf der Straße von zwei Desperados niedergeschlagen und beraubt worden sei? Klingt auch wenig plausibel bei meiner Konstitution und Schlagfertigkeit.“

„Hilf mir Richard behüte seine Gestalt wohlgefällig und sagte: „Übrigens trägt man auch nicht seine ganze Barschaft in der Tasche bei sich, wenn man des Abends einen Spaziergang macht oder aus lustiger Gesellschaft heimkehrt. — Aber was — was?“

Mit einemmal blieb er wieder stehen, sein Gesicht strahlte.

„Du, mir fällt was ein! Ja, das geht! Hör' mal! Also einfach: wir sind des Nachts in unserem Hotelzimmer von Foteltdieben beraubt worden. Während wir friedlich, ahnungslos in sanftem Schlummer liegen, wird nebenan in aller Stille mittels Nachschlüssels Kommode und Schreibtisch erbrochen. Unser ganzes Geld wird genommen, ferner meine Uhr. Deine beiden Brillenringe und —“

Er unterbrach sich und lachte lustig. „Na, mach' nur nicht gleich so 'n erschrecktes Gesicht! Versteht' mich nur recht! Ich habe nicht die Absicht, Dich um Deine schönen Ringe zu bringen. Die haben sich nachher wiedergefunden, beim Trödelier, wo die Polizei sie beschlagnahmt und uns wieder zugestellt hat. Das Geld bleibt natürlich futsch, futschfata.“

Erst jetzt begriff Helene recht. Anstatt die Wahrheit und damit seine Schuld zu bekennen, wollte er die Eltern mit einem Märchen täuschen. Er wollte sich nicht dem Vorwurf des Leichtsinns aussetzen, sondern sich sein Prestige wahren, wie er es nannte. Und sie sollte ihm helfen, die Eltern zu betügen und zu betrügen.

„Also vorwärts! Uns Wert! Wir haben gar keine Zeit zu verlieren. Der Brief geht ohnedies zwei Tage. Zwei Tage fast ohne Geld. Komisch ist's, aber auch verdrücklich.“

Er trat an den Schreibtisch und begann sofort zu schreiben. Die Feder flog förmlich über das Papier. Ein paar mal lachte er beim Schreiben laut auf; um Helene aber klammerte er sich nicht weiter, er nahm als ganz selbstverständlich an, daß sie sich ihm ohne Widerrede füge und tue, wie er verlangte. Sie kämpfte indes einen schweren Kampf

mit sich. Alles, was von besseren Gefühlen in ihr war, lehnte sich gegen diese an sie gestellte Zumutung auf. Erinnerungen aus ihrer Kinderzeit wurden in ihr lebendig. Sie erinnerte sich, daß sie einmal in ihren Kinderjahren von ihrem Vater hart getrafft worden war, weil sie ihm, eine Schultüte verschweigend, die Unwahrheit gesagt hatte. Acht Tage lang war sie vom Familientisch verbannt worden und hatte allein in ihrem Schlafzimmer essen müssen.

„Ein Lügner ist nicht besser als ein Dieb“, hatte er zu ihr gesagt, während eine tiefe Bekümmernis aus seinen Zügen gesprochen hatte.

Sie hatte seine Verachtung und die über sie verhängte Ehrenstrafe als das Demütigendste empfunden, was ihr hätte widerfahren können, und um keinen Preis der Welt hätte sie sich von da ab wieder zu einer Lüge gegen ihre Eltern hinreißen lassen. Und nun sollte sie zusehen, ja daran teilnehmen, daß ihr Vater, für den sie von Kindheit an immer eine unbegrenzte Achtung und Verehrung empfunden, in so dreister, freivoller Weise hinter das Licht geführt wurde.

„Fertig!“

Runo Richard sprang auf und drehte sich nach ihr um.

„Vorwärts! Wenn's gefällig ist!“

Er deutete nach dem Schreibtisch hin. Aber Helene machte keine Miene sich zu erheben.

„Hast Du nicht gehört? Bitte, beeile Dich! Oder meinst Du, es ist eine angenehme Sache, hier wie'n Fisch auf dem Trocknen zu sitzen und Luft zu schnappen, Luft! Herrgott, werden das zwei langweilige Tage werden! — So beeile Dich doch! Je eher der Brief abgeht, desto eher ist das Geld da!“

Sie schüttelte, ohne ein Wort zu erwidern, den Kopf. Außerlich sah sie ganz ruhig aus. Nur das unklare Flirren ihrer Augen und das häßliche Wogen ihrer Brust verrieten, welcher Aufruhr in ihr tobte.

Mit ein paar raschen Schritten trat er dicht an sie heran.

„Wie?“ Er sah ihr drohend aus nächster Nähe in die Augen. „Soll das etwa heißen, daß Du Dich weigerst, zu schreiben?“

„Ich — ich kann nicht,“ flüchelte sie.

„Du kannst nicht? Was kannst Du nicht?“

Sie hob ihr Gesicht und hielt seinen Blick voll aus und nahm alle ihre Kraft zusammen. „Meinen Vater betügen kann ich nicht.“

„Betügen?“ Er richtete sich straff auf und machte eine abwehrende Handbewegung. „Hör' mal, das ist ein starker

# Zum Kampf um den Arbeitsnachweis im Baugewerbe.

Die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe ist heute noch genau so unregelmäßig, wie vor zehn und mehr Jahren. Immer noch fragt in der Regel der Arbeitslose in der Kleinstadt im Hause des Meisters und der in der Großstadt beim Polier oder Unternehmer auf der Baustelle um Arbeit nach. Herrscht gute Konjunktur, dann wird auch ein älterer Arbeiter bald Arbeit finden; ist dagegen die Konjunktur schlecht, so daß die Arbeitslosen scharenweise vor den Bauzäunen stehen, dann kann der eine wochenlang vergebens von Bau zu Bau laufen, während ein anderer vielfach auch dann schon nach einigen Tagen Arbeit finden kann. Vielfach haben die Poliere ihre Freunde, die natürlich immer zuerst Arbeit erhalten und die auch am längsten beschäftigt werden. Ehe die Organisationen erklärten, war es vielerorts die Regel, daß sich die von den Polieren bevorzugten Gesellen und Arbeiter diesen gegenüber durch Geschenke in Geld oder Lebensmitteln erkenntlich zeigten. Heute ist dieses Schmiergeld durch die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen stark eingebüßt; doch steht die Betternwirtschaft mancherorts auch heute noch in hoher Blüte. Nicht selten geht die Arbeitsvermittlung auch so vor sich, daß sich befreundete Arbeiter gemeinsam in Arbeit zu bringen suchen. Gelegentlich sucht der Unternehmer wohl auch durch Inserate in den Tageszeitungen Arbeitskräfte.

Auf diese Weise vollzieht sich heute noch in den weitaus meisten Fällen die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe. Daneben suchen noch die von den Kommunen errichteten oder unterstützten öffentlichen Arbeitsnachweise Einfluß auf die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe zu bekommen. Dies ist ihnen aber bis heute nur in sehr geringem Maße gelungen. Von den 1,1 Millionen Stellen, die von den 475 kommunalen Arbeitsnachweisen im Jahre 1910 vermittelt wurden, entfielen nur 54 920 oder knapp 5 Proz. auf das Baugewerbe. Berücksichtigt man, daß im Baugewerbe über eine Million Arbeiter beschäftigt sind, die ihre Arbeitsstellen zum großen Teil alljährlich mehrmals wechseln, so erscheinen die 54 920 vermittelten Stellen fast bedeutungslos.

Für die baugewerblichen Arbeiter ist die heutige Art der Arbeitsvermittlung äußerst unangenehm. Daher muß ihnen eine vernünftigeren Regelung der Arbeitsvermittlung sehr erwünscht sein. Einer solchen Regelung widerlegen sich aber die Baucharmachern mit aller Macht. Zwar sind auch sie mit der heutigen Art der Arbeitsvermittlung unzufrieden, aber nur, weil sie dabei nicht die Möglichkeit haben, die mühseligen Arbeiter nach Belieben zu drangalieren und von der Arbeit auszuschließen. Um diese Möglichkeit zu bekommen, suchen sie die Arbeitsvermittlung ganz in ihre Hände zu bringen. Sie haben schon vor Jahren die Einführung von einseitig durch Unternehmer geleiteten Arbeitsnachweisen beschloffen und dabei offen ausgesprochen, daß diese Nachweise Mittel zur Stärkung der Unternehmerorganisation sein sollen. Sie wollen sich durch ihre Arbeitsnachweise „eine wirkliche Waffe“ gegen die Arbeiter schaffen, mit der sie unliebbare Elemente von den Arbeitsplätzen fernhalten können. — Diese Forderung der Bauunternehmer war bekanntlich einer der Punkte, zu deren Durchführung 1910 die Absperrung vorgenommen wurde. Als bei den damaligen Verhandlungen die Vertreter der Arbeiter den Unternehmern anboten, sie wollten gemeinsam mit ihnen paritätische Nachweise errichten, da wiesen die Unternehmer dieses Anerbieten weit von sich. Vorher schon hatten sie beschloffen, die von den Kommunen errichteten Arbeitsnachweise mit allen Mitteln zu bekämpfen, weil diese für die einschleuderte Wahrung der Unternehmerinteressen nichts taugten. Als der große Kampf 1910 zugunsten der Arbeiter verlaufen war, wurde die Arbeitsnachweisfrage in dem abgeschlossenen Vertrage nicht geregelt. Die Unparteilichen erkannten zwar an, daß die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe zurzeit unbefriedigend sei und daß die Errichtung paritätischer Nachweise die geeignete Lösungsmöglichkeit wäre. Da aber die Ver-

hältnisse für eine solche Regelung noch nicht reif seien, so bleibe nur übrig, daß sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer ihre einseitigen Einrichtungen zur Arbeitsvermittlung weiter betreiben. In Übereinstimmung damit entschied später das Zentralschiedsgericht, daß die Arbeitsnachweisfrage außerhalb der Verträge und der Entscheidungen steht und daß die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer Arbeitsnachweise in beliebiger Form errichten und betreiben können, soweit sie dabei nicht mit dem Gesetz oder dem Vertrag in Widerspruch geraten. Unter der gleichen Bedingung kann die Gegenpartei geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen.

Auf Grund dieser Entscheidungen suchten die Unternehmer nach der Absperrung in den verschiedensten Orten ihre einseitigen Nachweise weiter zu betreiben bzw. neue zu errichten. Das ließen sich natürlich die Arbeiterorganisationen nicht stillschweigend gefallen, sondern sie griffen zu Gegenmaßnahmen. Die Nachweise der Unternehmer in Bielefeld, Bremen, Ruzhagen, Dortmund, Emden, Naumburg a. d. S., Nordenham, Altrnberg, Oldenburg, Schleswig, Begelesch und Wilhelmshaven wurden gesperrt und so den Unternehmern an diesen Orten die Einstellung von Arbeitslosen durch ihre Nachweisinstitute ganz oder teilweise unmöglich gemacht. Das hatte zur Folge, daß a. B. die Unternehmer in Bielefeld ihren Nachweis am 1. Januar 1912 schlossen und die Arbeitsvermittlung völlig einstellten. Ihr Nachweis, der noch im Monat Mai 1911 210 Arbeiter vermittelt, vermochte einen Monat später nur noch ganze 4 Personen „anzusetzen“. Damit war der Arbeitsnachweis wertlos, und die Unternehmer sparten sich durch seine Aufhebung lediglich die vordem nutzlos ausgegebenen Kosten.

Zäher als die Bielefelder Unternehmer sind deren Kollegen in anderen Orten. Obwohl auch dort die Vermittlungstätigkeit fast ganz aufgehört hat, halten sie doch ihre Nachweise aufrecht, um wenigstens den Beschlüssen der Unternehmer-Generalversammlung Rechnung zu tragen. Daß diese Nachweise jemals die Bedeutung erlangen könnten, die die Unternehmer einmal von ihnen erhofft haben, das wird von diesen heute wohl selbst die naivste Seele nicht mehr glauben. Aber man muß sich doch den Anschein geben, als wäre der einseitige Arbeitsnachweis für die Kräfte vom Bau wirklich eine Lebensfrage. So entschloß man sich in Nordenham, wo, abgesehen vom Sudmützegebiet, die tollpatschigsten und anmaßendsten Baucharmachern ihren Wohnsitz haben, mitten im Winter unter Vertragsbruch zur Absperrung, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen und dem famosen Nachweisinstitut der Baucharmacher Anerkennung zu verschaffen. Daß dieses laubere Blanche nicht gelingt, dafür müssen die Bauarbeiter ganz Deutschlands sorgen, indem sie mit aller Strenge den Zugang nach Nordenham fernhalten. Die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, durch Inserate und Agenten sowie mit Hilfe anderer Arbeitsnachweise Arbeitskräfte nach Nordenham zu schleppen. Da schon einzelne Arbeiter auf diese Lockversuche hereingefallen sind, die angeblich von der Absperrung in Nordenham nichts gewußt haben, so ist Aufklärung in Bauarbeiterkreisen über das Bestreben der Nordenhamer Baucharmacher eine dringende Notwendigkeit. Also: Aufgepaßt, Bauarbeiter, daß kein Mann nach Nordenham kommt!

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 14. Februar 1912.

5. Sitzung. Nachmittag 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Visco und Wermuth.

Vizepräsident Scheidemann eröffnet die Sitzung bei vollbesetztem Hause. Er läßt zunächst den Eingang einiger Rechnungssachen durch den Schriftführer Abg. Neumann-Döfer (Vpt.) verlesen und fährt dann fort:

Der Herr Abg. Baasche hat an das Präsidium des Reichstags folgendes Schreiben gerichtet: (Chronische Ah-Rufe rechts.) „Dem Präsidium teile ich hierdurch ergeben mit, daß ich mein Amt als zweiter Vizepräsident hiermit niederlege. (Bravo! rechts, große Heiterkeit bei den Soz. und Freis.)“

Aufregung dienen, die der angebliche nächtliche Einbruch bei ihr hervorgerufen hatte.

Kuno Richard zuvertierte den Doppelbrief, während er ein Liedchen vor sich hinräkelte, schrieb die Adresse und eilte davon, um selbst den Brief zur Post zu bringen. Helene schleppte sich halb ohnmächtig in ihr Schlafzimmer. Hier warf sie sich verzweifelt auf ihr Bett. Ihr war zumute, als ob etwas in ihr broche, als ob ihr ein Ideal in Trümmer gefallen wäre. Ihr Schmerz, ihre Verwirrung, ihr Entsetzen waren so groß, daß sie nicht einmal Tränen fand, sondern nur mit wüsten, irren Blicken in die Leere starrte.

Es war noch an demselben Abend; Helene zog sich gleich nach dem Diner in ihr Zimmer zurück. Vom Kuno, der bei Tisch bei bester Laune gewesen und über das Mißgeschick am Nachmittag mit seiner Nachbarn heiter geredet und gelacht hatte, war ein Spaziergang in Vorhölle gebracht worden. Die Gräfin Dobrinsk hatte lebhaft zugestimmt, Helene aber fühlte sich so matt und elend, daß es ihr schon pppstlich unmöglich gewesen wäre, sich anzuschließen. Auch befand sie sich in einer Gemütsstimmung, die ihr das Verweilen in Gesellschaft anderer zur Warte gemacht hätte.

Helene sah, wie die kleine Gesellschaft aufbrach: Kuno, die Gräfin und ihre Gesellschafterin. Kuno schritt an der linken Seite der Gräfin. Die junge Frau beobachtete, hinter dem Store verdeckt, wie sich die Russin an seinen Arm schmiegte. In lebhafter, anregendster Unterhaltung, die Gesichter einander zugekehrt, schritten sie dahin. Und trotz allen Graus, obwohl sie innerlich wie zerissen war, konnte sie sich einer eifersüchtigen Anwandlung nicht erwehren, und sie bereute fast, daß sie doch nicht alle ihre Kräfte zusammengenommen und sich an der Promenade beteiligt hatte.

Als die drei ihren Blicken entschwunden waren, kam eine tiefe Traurigkeit über sie, und zum erstenmal in ihrer jungen Ehe erwachte eine heiße Sehnsucht nach der Heimat in ihr.

In einem apathischen Zustand verdrachte sie die Stunden bis zum Abend, teils auf der Chaiselongue im Schlafzimmer liegend, teils im Wohnzimmer auf- und abschreitend, ab und zu einen Blick auf die Uhr heftend. Um neun Uhr ließ sie sich den Tee auf ihrem Zimmer servieren. Obgleich sie sich am Nachmittag nach ihrem Alleinsein gesehnt hatte, begann jetzt die Einsamkeit und Stille ihres Zimmers sie zu bedrücken, und obgleich sie heute so harte Worte von Kuno

Ich schlage dem Hause vor, die nunmehr notwendig gewordene Wahl des zweiten Vizepräsidenten heute sofort nach der Wahl des Präsidenten vorzunehmen. (Sehr richtig! links.) Das ist nur zulässig, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht. Ich frage deshalb das Haus, ob es mit meinem Vorschlag einverstanden ist. — Es erfolgt kein Widerspruch, wir werden also nach der Wahl des Präsidenten die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vornehmen.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die Wahl des Präsidenten.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 974 Abgeordneten. Abgegeben sind 178 weiße Stimmzettel, 193 auf den Namen des Kämpf (Vpt.). Ferner sind abgegeben je ein Stimmzettel auf die Namen des Abg. Busch (Soz.), Simon (Soz.), Kretsch (Soz.), Dr. Will (Z.), Graf Oppersdorf (Bild).

Vizepräsident Scheidemann: Abg. Kämpf ist somit zum Vizepräsidenten gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Kämpf (Vpt.): Ich fühle mich verpflichtet, die Wahl anzunehmen (Chorale rechts, Bravo! links). Präsident Kämpf übernimmt den Vorsitz und läßt den Namensaufruf zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten vornehmen.

Abgegeben werden 971 Stimmen, davon 165 ungültige, 194 lauten auf den Abg. Dove, einige zerplitterte auf die Abg. Müller-Weinungen (Vpt.), Stadthagen (Soz.), Götze (Vpt.), Hausmann (Vpt.), Henschel (Vpt.), Bassermann (Mit.) (Heiterkeit).

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Abg. Dove (Vpt.): „Ich nehme die Wahl an.“ (Bravo! links.)

Hierauf wird ein schleuniger Antrag Albrecht (Soz.) wegen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abg. Gert (Soz.), Fischer-Sachsen (Soz.) und Feuerstein (Soz.) ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Interpellation Bassermann (Mit.) und Genossen betr. die Verhandlungen der Brüsseler Zollkonferenz.

Auf die Frage des Präsidenten Kämpf, ob die Regierung bereit sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt

Reichschatzsekretär Wermuth: Die Lage der Verhandlungen über eine etwaige Veränderung und Verlängerung der Brüsseler Konvention gestattet es nach dem internationalen Brauch nicht, die Interpellation jetzt zu beantworten. Sobald sie es gestattet, werde ich nicht unterlassen, auf die Interpellation zurückzukommen und dem Herrn Präsidenten dahingehende Mitteilung zu machen.

Zu zwei weiteren Interpellationen Albrecht (Vpt.) resp. Albrecht (Soz.) betreffend die sofortige zeitweilige Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtermittel und die Suspendierung resp. Aufhebung des am 15. Februar in Kraft tretenden Kartoffelzoll erklärt

Reichschatzsekretär Wermuth: Der Herr Reichskanzler wird bereit sein, die beiden Interpellationen im Laufe der nächsten Woche zu beantworten. Da die Interpellationen auf das unmittelbar bevorstehende Inkrafttreten des Sallonzolls für Frühkartoffeln Bezug nehmen, möchte ich hinzufügen, daß Erwägungen darüber schweben, ob und in welcher Weise der Bundesrat innerhalb der ihm zustehenden Befugnis die Einfuhr von Kartoffeln vorjähriger Ernte in der Zeit vor dem 1. Mai erleichtern kann. (Bravo! links.)

### Die erste Lesung des Etats.

Reichschatzsekretär Wermuth: Der Weg, den das deutsche Finanzwesen genommen hat, war anfangs eben und ist dann steiler geworden. 1872 hatten wir einen Ausgabeetat von 450 Millionen, brauchten keine Anleihe und verwendeten 10 Millionen für die Schuldentilgung. Der vorliegende Etat schließt mit 2319 Millionen Ausgaben und einer Anleihe von 44 Millionen. Auf das Geer entfällt davon etwa ein Drittel, auf die Marine ein Sechstel. Aus Zöllen und Steuern nehmen wir heute 1694 Millionen ein. Die Aufgaben, die das Reich zu lösen hat — Sozialpolitik, Kolonien, Flotten — sind seit 1872 außerordentlich gestiegen. Dazu kommt der ungeheure Aufschwung der letzten 25 Jahre. Die Zunahme der Bevölkerung um 60 Proz., das Näherücken von Ländern und Völkern, die gewaltige Ausdehnung des Bedarfs. An der Spitze der Ausgaben stehen die für unsere Wehrkraft. Der Schutz des Bundesgebietes ist die erste Aufgabe des Reichs. Damit befähigt das Reich erst die Einzelstaaten, ihre eigenen Aufgaben zu lösen. Wollte das Reich diese Aufgaben mit übernehmen, so wäre die notwendige Folge, daß es sich auf einestells der Einnahmequellen der Einzelstaaten bemächtigte. Das aber würde die Lebensbedingungen der Glieder des Reiches erschüttern. Es ist also irreführend, anzunehmen, daß von den Reichsausgaben 80 Prozent auf Heer und Marine entfallen. Man muß den Ausgaben des Reichs dann auch die der Bundesstaaten zu-

Ansdruck.“ Der aufreizende Ärger vertiet sich wieder in dem harten Ausdruck seiner Blöde und in dem anschwellenden Ton seiner Stimme. „Bist Du solch ein unvernünftiges, unerfahrenes Kind, daß Du noch nicht weißt, daß man im Leben oft zu einer kleinen Auerflucht greift, um sich und anderen Ärger zu ersparen? Wenn man sich immer die Wahrheit sagen wollte! Herrgott, wozu würde das führen! Gar nicht auszusprechen! Man ist verpflichtet, härt Du, geradezu verpflichtet, härt Du die Wahrheit zu verschweigen. Und hier vollends härt Du es sich um eine ganz harmlose Meilüge, deren ich mich nur in Rücksicht auf mein zukünftiges gutes Einvernehmen mit Deinen Eltern bediene; denn im Grunde ist es doch egal, ob ich das Geld von Deinem Vater unter diesem oder jenem Vorgeben erbitte. Schicken wird er es ja doch auf jeden Fall. Im übrigen trage ich die Verantwortung, Du tust nur, was ich von Dir verlange — Also bitte!“

Sie machte noch immer keine Miene, ihm zu willfahren. Da packte er sie mit rauhem Griff am Arm und zog sie vom Stuhle empor.

„Du willst Dich gegen mich auflehnen?“ herrschte er sie in ausbrechendem Grimm an. „Das laß Dir vergehen, ein für allemal, härt Du! Ich dulde nicht, daß man mir Trotz bietet, am wenigsten von meiner Frau, die mir Rücksicht und Gehorsam schuldet.“

Seine Augen flammten, seine Finger legten sich fast wie ein Schraubstock um ihr Handgelenk! Seine Zähne knirschten, und sein Fuß trampelte heftig auf den Boden auf.

„Ich vernichte Dich einfach, wenn Du es wagst, mir den Gehorsam zu verweigern.“

Er zog sie nach dem Schreibtisch hin. Alle ihre Widerstandskraft brach unter seinem unbändigen Jorn, vor seiner gebieterischen, herrlichen Art, gegenüber dem übergewaltigen seiner physischen Stärke und seiner Latkraft. Willenlos ließ sie sich in den Stuhl fallen, der vor dem Schreibtisch stand, und gehorham nahm sie die Feder, um nach seinem Diktat zu schreiben. Zum Glück waren es nur wenige Zeilen, die er ihr abzwang. Der überstandene Schrecken liege ihr noch in den Nerven, auch sei Eile geboten, deshalb müsse sie sich heute kurz fassen.

Auch ihre ungleichen Schrägen, alterigen Schriftzüge, die von der Sauberkeit und Regelmäßigkeit ihrer sonstigen Handschrift deutlich abhingen, konnten als eine Bestätigung der

vernommen hatte, stieg doch das Verlangen nach dem Klang seiner Stimme in ihr auf.

Sie war so matt und ruhebedürftig, daß sie sich nur mit Mühe auf den Füßen halten konnte. Dennoch konnte sie sich nicht entschließen, sich niederzulegen und im Schlaf Versessen und Kraft zu suchen. Von Zeit zu Zeit laudete sie nach dem Korridor hinaus, und so oft ein Mannerschnitt hörbar wurde, klopfte ihr das Herz schneller und stieg ihr die Röte der Erwartung ins Gesicht. Aber Kuno ließ noch immer auf sich warten. Schon hatte die erste Stunde geschlagen. Fiebernd vor Ungeduld saß sie auf einem Sessel an dem geöffneten Fenster und starrte auf den Platz vor dem Hotel hinaus, der mit schönen Gartenanlagen geschmückt war. Ab und zu hörte sie Schritte auf den knirschenden Kies, und jedesmal flog sie von ihrem Sitz auf, um sich zu überzeugen, ob es Kuno war, der endlich zu ihr zurückkehrte. Ihre erregte Phantasie spiegelte ihr allerlei quälende Bilder vor. Wahrscheinlich hatte ihn die Gräfin bewogen, ihr Gesellschaft zu leisten, und sie saßen im Speisesaal des Hotels und soupierten. Kuno hohlierte der eleganten Russin, die kein Mittel der Koketterie unversucht ließ, um die Bewunderung des stattlichen Mannes, der ihr Gefallen erregt hatte zu entflammen.

Ob, wie sie sie hatte, die Kokette, die ihr Anglick verschuldete hatte, die die Ursache gewesen, daß Kuno so unsinnig am Spieltisch all sein Geld vergeudet hatte! Und auch das Häßliche, Entsetzliche, das darauf gefolgt war, hatte sie ihr zu danken, ebenso wie die trostlose Einsamkeit und Verlassenheit, in der sie nun hier saß, und die ihr das Herz so schwer machte und eine unerträgliche, niederziehende, schwermütige Stimmung in ihr erzeugte.

Da schreckte sie plötzlich eine laute, lachende, helle Frauenstimme aus ihrem Grübeln auf. Mit einem Satz fuhr sie in die Höhe. Vorsichtig, sich mit dem zurückgezogenen Store drapierend, so daß sie nicht gesehen werden konnte, spähte sie hinaus. Helles, elektrisches Licht flutete über den Platz. Sie erkannte die beiden Promenierenden auf den ersten Blick. Die Russin war es, und an ihrer Seite schritt Kuno, ahnungslos, daß jede seiner Bewegungen von zwei Frauenaugen beobachtet wurde. Sie schritten dicht nebeneinander, ohne daß Kuno seiner Begleiterin den Arm gereicht hätte. Beide schienen in heiterster Laune, und wiederholt erklang das helle, köstliche Lachen der Gräfin.

(Fortsetzung folgt.)

zahlen und dann ergibt sich, daß die Ausgaben für Heer und Marine nur 28,8 Proz. der Gesamtausgaben betragen. Das Reich ist den Einzelstaaten schuldig, die Wehrkraft auf der Höhe zu erhalten. In dieser Beziehung ist bisher nichts übertrieben und nichts verabsäumt und es wird auch in Zukunft nichts verabsäumt und nichts übertrieben werden. (Bravo! rechts.) Die Tatsache, daß von 1900 bis 1909 2700 Millionen Mark Anleihe aufgenommen sind, davon nur 14 Proz. für verbundene Ausgaben, zeigt deutlich, wo der Fehler in unserer Finanzentwicklung gesteckt hat. Nicht ungeeignet verlegt man die Gesetze der Volkswirtschaft (Sehr richtig! links), nur daß es gewöhnlich Jahre lang dauert, ehe das Strafgericht vollzogen wird. Die militärischen Ausgaben sind zweifellos die wichtigsten, die Reich und Bundesstaaten zu betreiben haben, aber wir genügen dieser verantwortlichen schwierigen Aufgabe nicht, wenn wir zwar die Ausgaben in Rechnung stellen, vor der Deckung aber die Augen schließen in der Hoffnung, daß die Zukunft das Verfallene nachholen werde. (Sehr wahr! links.) Die Ausgaben für Rüstungen fortlaufend aus Anleihen zu nehmen, heißt nichts anderes, als die Fürsorge für die Existenz der Nation zum Teil auf die nachkommende Generation abwälzen. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, neue Steuerquellen zu schaffen, was nicht ohne schwere politische Erschütterung vor sich gegangen ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Anleihe hat dadurch ein wesentlich besseres Aussehen erhalten und beträgt diesmal nur 44 Millionen. — Was den Etat von 1911 betrifft, so haben die neu eingeführten Steuern ein Mehr von 64 Millionen ergeben. (Hört, hört! rechts.) Die sonstigen Einnahmen entwickelten sich durchaus normal. Post und Eisenbahnen haben erfreuliche Überschüsse zu verzeichnen. Im Etat für 1912 fällt beim Heer ein Mehr von 15 Millionen für die Naturabverpflanzung auf, das sich aus der Preissteigerung der Lebensmittel erklärt. Die Finanzen der Kolonien gehen im allgemeinen gut vorwärts, mit Ausnahme von Südwestafrika wegen der ungünstigen Lage des Diamantenmarktes. Die Kosten für das jüngst erworbene Neu-Kamerun lassen sich noch nicht übersehen. Im allgemeinen beruht der Etat auf gesunden Grundlagen, auf denselben Grundlagen, wie seine beiden Vorgänger, indem er die Ausgaben aus laufenden Mitteln deckt. Natürlich ist aber keine Rede davon, daß wir etwa wieder im Goldschwimmen. (Weiter links, Zuruf: Ihre Rede vom Dezember!) Soll die Wiedergelendung der Finanzen Fortschritte machen, so müssen wir bei einem neuen zwingenden Mehrbedarf nicht den Grundlag vergessen: keine Ausgaben ohne Deckung, d. h. ohne Golddeckung und nicht etwa Papierdeckung. Wenn das Wohl des Vaterlandes ein Opfer erheischt, so muß es gebracht werden. Die Finanzen sind auch ein Teil der Wehrfähigkeit des Reiches, auch sie müssen gut einbezogen sein, müssen vor dem In- und Ausland untadelhaft dastehen und dürfen nicht, wenn auch aus Wohlverstandnis, als moralisch und gebrüchlich bezeichnet werden. (Sehr richtig! rechts.) Sind sie so beschaffen, daß sie Vertrauen verdienen und wird ihnen das Vertrauen auch wirklich zuteil, dann dienen sie dem Ansehen Deutschlands und damit einer gedeihlichen friedlichen Entwicklung unseres gesamten Staatswesens. (Bravo!)

Das Haus vertagt sich.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Schleuniger Antrag Albrecht auf Einstellung eines Strafverfahrens und Fortsetzung der erst in Lösung des Stats).  
Schluß 5 Uhr.

### Aus der Partei.

**Vom Fortschritt der Parteipresse.** Die „Breslauer Volkswacht“, die schon während des verfloffenen Wahlkampfes über 2500 neue Abonnenten gewann, nahm durch eine am Sonntag in Breslau vorgenommene Hausagitation abermals um 1200 neue Abonnenten zu. An den nächstfolgenden Sonntagen soll die Agitation für die Volkswacht in gleicher Weise in der ganzen Provinz fortgesetzt werden. — Unser Bayreuther Parteiblatt, die „Fränkische Volkswacht“, gewann in den Wahlmonaten nahezu 1000 neue Abonnenten. In den letzten 3 1/2 Jahren hat die „Fränkische Volkswacht“ ihre Abonnentenzahl verdoppelt. Unser Parteiblatt bezieht am 1. Juli wegen Erweiterung des Betriebes und wegen Übergangs zum Rotationsdruck einen Neubau.

**Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages** hielt Mittwoch eine weitere Sitzung ab. Der Vorstand gab bekannt, daß von ihm eine chronologische Darstellung der Vorgänge bei der Präsidentenwahl ausgearbeitet worden ist, die auch der Parteipresse zugehen solle. Weiter wurde beschlossen, noch folgende Initiativentwürfe einzubringen: Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages; Regelung des Arbeiterrechts der Privatangestellten; Aufhebung der Salz-, Zündholz- und Leuchtmittelsteuer, dafür Einführung einer Besteuerung der Nachtische von 20000 Mk. aufwärts oder Einführung einer Reichseinkommensteuer ab 6000 Mk.; ferner obligatorische Versicherung gegen Schäden der Viehseuche; Beseitigung des § 12 des Vieh- und Fleischbeschutzgesetzes, um die Einführung von Gefrierfleisch aus dem Ausland zu erleichtern; Vorlegung eines Reichsschulgesetzes; Reform des Reichsvereinsgesetzes; Bildung weiterer Ausschüsse zur Vorberatung größerer gesetzgeberischer Materien.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Bedrohender Bäckerstreik in Kopenhagen.** Am Freitag traten etwa 1000 Bäcker und Konditoren, welche in Kopenhagen und Vororten beschäftigt sind, in den Streik. Trotz unzähliger Verhandlungen, die seit dem Ablauf des alten Abkommens, am 1. Oktober 1911, stattfanden, konnte ein neuer Tarif nicht abgeschlossen werden, weil die Meister jedes Entgegenkommen ablehnten. Dabei haben sie in den letzten Monaten die Preise aller Backwaren bedeutend erhöht, so daß das Publikum, natürlich mit Ausnahme des Unternehmervorstandes, mit den Arbeitern stark sympathisiert. Die Verhältnisse, unter denen besonders die Bäcker seither arbeiten, sind geradezu trostlos, doch weder die Meister noch die Aufsichtsbehörde bekümmerten sich darum. Jetzt schon suchen die Kopenhagener Bäckermeister Streikbrecher in in- und ausländischen Zeitungen und bieten für täglich achtfünfstündige Arbeit (natürlich intensiver) heißt es in dem Inserat) 10 Kronen. Deutsche Bäckergehilfen seien hierdurch gewarnt, auf diesen Reim zu gehen!

### Soziales.

**Das württembergische Ausführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung** wird gegenwärtig im württembergischen Landtag der Ausschussberatung unterzogen. Von den bisher gefassten Beschlüssen sind die folgenden bemerkenswert. Nach dem Regierungsentwurf sollte die Anstellung der für die Arbeiterversicherung nötigen Beamten in größeren Gemeinden der Behörde unterliegen. Der Ausschuss beschloß, dieses Behaltungsrecht zu streichen. Der Angliederung der Versicherungsämter an die Oberämter, die im Prinzip schon durch die Reichsversicherungsordnung vorgeschrieben ist, stimmte der Ausschuss zu. Eine wichtige Streitfrage war die, ob nur ein Oberversicherungs-

amt geschaffen und das bestehende Landesversicherungsamt aufgehoben, oder ob vier Oberversicherungsämter geschaffen werden und das Landesversicherungsamt bestehen bleiben soll. Der Regierungsentwurf wollte die Auflösung des Landesversicherungsamtes und Errichtung nur eines Landesversicherungsamtes, während die sozialdemokratischen Vertreter das Bestehen des Landesversicherungsamtes und die Errichtung von vier Oberversicherungsämtern verlangten. Dabei wurden die Vorzüge der Rechtsprechung des Landesversicherungsamtes gegenüber dem Reichsversicherungsamt hervorgehoben. — Auch die Zentrumsvertreter erklärten sich für die Beibehaltung des Landesversicherungsamtes. Da aber die Vertreter der Konservativen, Nationalliberalen und der Volkspartei der Regierung entgegenkamen, wurde der Antrag auf Erhaltung des Landesversicherungsamtes mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Als Plasterchen auf die den Arbeitern zugefügte Wunde wurde dann der Antrag angenommen, daß von der Möglichkeit, außerhalb des Sitzes des Oberversicherungsamtes Spruchkammern zu errichten, Gebrauch gemacht werden solle. Eine Bloßstellung erfuhr das schmarblauke Brüderpaar bei den Beratungen der Frage, ob Landkrankenassen errichtet werden sollen. Zwei Zentrumsleute und ein Konservativer wollten unbedingt diese jammervolle Krankenversicherung erhalten wissen. Sie meinten, für die Dienstboten, die meist ledig seien, genüge vollauf die in den Landkrankenassen vorgelehene sogenannte erweiterte Krankenpflege. Es sei nicht nötig, daß sie auch noch Krankengeld bezögen; man solle auch Rücksicht nehmen auf die Unternehmer, die die höheren Beiträge zahlen müssen. Dabei wollte nicht einmal der Regierungsentwurf die Landkrankenassen beibehalten. Genosse Mattutat als Berichterstatter hatte daher bei der Zurückweisung der Anschauungen der Arbeiterfeinde einen leichten Stand. Sein Antrag, keine Landkrankenassen zu errichten, fand mit großer Mehrheit Annahme. Auch in Baden, Hessen und Elsaß-Vorbringen werden nach der Mitteilung des Ministers v. Bischof keine Landkrankenassen geschaffen. Erfolg hatte auch eine Vorstellung des Genossen Mattutat gegen die Praxis der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die hauswirtschaftliche Unfälle nicht entschädigen. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die Versicherung der Unternehmer und ihrer Ehegatten auf hauswirtschaftliche Unfälle erstrecken.

**Die dem Zentralverband Deutscher Industrieller angegeschlossenen Kartelle und Syndikate** tagten am 10. Februar d. J. in Berlin im Hotel Adlon. Die zahlreich besuchte Versammlung behandelte nach der kurzen, in die bürgerliche Presse lanzierten Notiz die Fragen über Vereinbarungen im Submissionswesen, Schiedsgerichte und Verquickung von Kartellen und Arbeitsangelegenheiten. Aus der Versammlung ergangene Anregungen bezüglich Abschaffung der Gültigkeit des § 270 des alten preussischen Strafgesetzbuches und Herstellung einer Schiedsgerichtsordnung sollen entsprechend weiter verfolgt werden.

### Ein Kampf ums Recht.

Aus Paris wird der „Leipz. Volksztg.“ geschrieben: Der letzte Sonntag hat bewiesen, welche gemaltige revolutionäre Kraft, welche idealistische Hingabe im Pariser Proletariat lebendig ist. Man hat es in den letzten Jahren oft vergessen, man hat die Quelle verlegt glauben können, die ebeneden so oft den europäischen Boden befruchtet hat. Aber die Vorstellung eines begangenen Rechtsbruchs, die Aufforderung, ein unschuldiges Opfer der Justiz zu rächen oder zu befreien, reizt in diesem leicht empfänglichen Volke alle Schranken der Gleichgültigkeit, des Misstrauens, der egoistischen Bequemlichkeit nieder. So war es mit dem Hauptmann Dreyfus, so mit Ferrer, so jetzt mit den beiden afrikanischen Straffolknern, dem toten Vernoult und dem lebendigen Roussel.

Die Geschichte Vernoult's ist schnell erzählt. Der junge Menich hatte das Unglück, wegen eines leichtsinnigen Streiches zu einem afrikanischen Strafbataillon verlegt zu werden. Man kennt die Hölle von „Biribi“ — wie der Soldatenjargon diesen Strafdienst nennt: Unfällige Schinderei, Zwangsarbeit, übermenschliche Marschleistungen in der afrikanischen Sonne, schlechte Behandlung durch die oft vom „Tropenkoller“ befallenen oder in der Ede des Dienstes im Alkoholismus verunkelten Vorgesetzten, tüchtig-brutale Quälerei durch die eingeborenen Wachsoldaten, ein entsetzliches Strafsystem, in dem, trotz mancher formaler Verbots und trotz aller Ablehnung, raffinierte Folterprozeduren noch eine große Rolle spielen. Bedenkt man dazu, daß ein großer Teil der Straffolknern aus den degenerierten Elementen der Großstadtjugend besteht, deren Ungebärdigkeit gegenüber die Rohheit der Vorgesetzten oft leicht einen Vorwand finden kann, so kann man sich vorstellen, wie leicht in diesen Regionen menschenschnelldie die schrecklichste Gestalt annehmen, wie viele Lebensgüter schuglos zerstört werden können.

Vernoult war im Juni 1909 der Strafkompagnie in Dschenau-ed-Dur zugewiesen worden. Am 1. Juli kommt er dort an und am nächsten Tag ist er tot. Anscheinend durch Gehirnschlag infolge der Hitze“, sagt der Regimentsarzt, der die Sektion vorgenommen hat. Er fügt allerdings hinzu, daß dieser Tod durch die „heftigen Konfusionen“, die sich der Mann in einem Anfall von übermäßiger Aufregung habe sich selbst zufügen können, möglicherweise beschleunigt worden sei.“ Er fügt hinzu: „Die zahlreichen Hautabschürfungen an den Handgelenken und an den Ellenbogen und an den Gliedmaßen seien anscheinend die Folge einer ziemlich starken Fesselung, die durch die infolge des Widerstands des Disziplinarsoldaten notwendigen Zwangsmittel bewirkt worden sei.“

Dieser gewundene ärztliche Befund ist schon genug verdächtig. Aber nach dem Tode Vernoult's erklären eine Reihe von Zeugen übereinstimmend, daß dieser durch fortgesetzte unmenschliche Mißhandlungen herbeigeführt worden sei. Die Sache kommt in die revolutionäre Presse; in der Kammer verliert Genosse Allemane unter lauter Entrüstung den detaillierten Brief eines Soldaten über Vernoult's letzte Stunden. Aber nun setzt die offizielle Rechtsfertigungskampagne ein. Ein Belastungszeugen wird zu Urteit verurteilt und mit einer der in „Biribi“ üblichen Foltern bedacht, die ihn für ein paar Monate ins Hospital bringt. Er weigert sich indes, den geforderten Widerruf zu leisten. Ein anderer wird gleichfalls eingesperrt, andre eingeschüchert. Die Sache würde schließlich eingescharrt werden, wie Vernoult selbst, wenn nicht ein Straffolknern da wäre, ein gewisser Roussel, der sich in den Kopf gesetzt hat, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Er war zwar kein Augenzeuge, aber in seiner Zelle, die an die Vernoult's anstieß, Ohrenzeuge der Schläge und Schimpfreden der Peiniger, der Klagen und Bitten des Opfers.

Die Leidensgeschichte Roussel's ist nun das zweite, noch stärker erschütternde und aufregende Buch dieses grauenvollen Epös. Roussel entschließt sich, um reden, um anklagen zu können, zu einer heroischen Tat. Er begeht eine Gehorsamsverweigerung, die ihn vor das Kriegsgericht bringen muß. Er wird dort zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt — ohne die Möglichkeit bekommen zu haben, seinen Protest vorzutragen.

Nachdem er vermaßen unschuldig gemacht ist, wird noch zur Beruhigung des bourgeoisen Gemüths die Parität einer Verhandlung gegen die drei von Roussel und den anderen Zeugen Bezichtigten in Szene gesetzt. Sie endet mit der Freisprechung der Angeklagten. Die Belastungszeugen sind entweder verschwunden, oder auf Urlaub oder aus dem Heer entlassen. Einige widerrufen auch ihre Aussagen.

Die Aktion zur Aufklärung des Falls Vernoult und zur Gutmachung des an Roussel verübten Unrechts hat unterdes im Proletariat Frankreichs an Heftigkeit zugenommen. Da bietet sich den von ihr Bedrohten die Möglichkeit, gegen Roussel einen neuen, vernichtenden Schlag zu führen. Ein Straffolknern, namens Brenco, ist in einem Kaufhandel erstochen worden. Roussel wird der Tat beschuldigt, trotzdem sich nicht einmal das Gelegenheitsverhältnis blüdig nachweisen läßt und trotzdem der Sterbende die Schuld Roussel's ausdrücklich verneint hat. Und er wird zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Man fordert die Empörung unter der Arbeiterschaft in hellen Flammen empor.

Der erste, die ganze Nation weckende Kanonenschuß sozusagen, sollte eine Pariser Leichenfeier für Vernoult werden. Ein Komitee, in dem das meiste an anarchistischen Elementen bestehende „Komitee der sozialen Verteidigung“, der Gewerkschaftsverband der Seine und die Seine-Föderation der geeinigten Partei vertreten waren, hatte die Organisation des Leichenbegängnisses übernommen. Und der Zug, der sich am Sonntag vor dem Lyoner Bahnhof, wo der Leichnam ankam, formierte und dann über die Boulevards des äußersten Ostens nach dem Pere-Lachaise marschierte, er wurde eine glänzende Rundgebung des Pariser Proletariats.

Etwa 100000 Demonstranten schritten im Zuge, über dem hunderte roter Gewerkschafts- und Parteiflaggen und zahllose Embleme anderer revolutionärer Gruppen wehten und aus dem revolutionäre Lieder und Zurufe immer wieder emporbrachten. Auch die Ausländer waren stark vertreten. Der deutsche Botschafter marschierte mit dem deutschen Gewerkschaftskartell vereint. Zehntausende aber hielten vor dem Zug den Friedhof besetzt, in der Hoffnung, so die Redner hören zu können. Und Hunderttausende haben am Wege den Leichenzug mit leidenschaftlichen Zurufen empfangen. Sei dem Leichenbegängnis Luise Michels hat man keine so gewaltige Volkskundgebung gesehen. Und wieder war es das arbeitende Volk, nicht bourgeois Sonntagshummel und Neugierige, das diese Massen gestellt hat.

Beim Abmarsch vom Friedhof kam es infolge der plötzlich erwachten Latenz der bis dahin lobenswert sich zurückhaltenden Polizei zu wilden Szenen, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte gab. Sie können aber den ungeheuren Eindruck der Demonstration nicht stören. Man kann auch diesmal sagen: „Die Wahrheit ist auf dem Marsche“ — für Roussel und Vernoult. Ob sie ans Ziel kommen wird, hängt freilich von der Fähigkeit der proletarischen Aktion ab. Nur gesagt möge noch werden: Welche Kraft revolutionären Wirkens könnte aus diesem Volk strömen, wenn es nicht nur in Aufwallungen des Gefühls, sondern in bewußter, organisierter Aktion, die Macht seiner Klasse zur Geltung bringen wollte!

### Aus Nah und Fern.

**Der heilige Prügel in Braunschweig.** Wiederholt hat sich das Braunschweigische Landparlament in den letzten Jahren mit Schülermißhandlungen beschäftigt. Es erstanden aber der Prügelpädagogik Verteidiger, deren Ausführungen als Dokumente der Schande anzusehen sind. Als im Jahre 1908 die Regierung über die Verurteilung eines Lehrers wegen Schülermißhandlungen interpelliert wurde, erklärte der Abg. Baer, selbst ein Pädagoge, es sei eine Unverschämtheit von den Eltern gewesen, statt sich über die Prügel, die ihr Sohn erhalten, zu freuen, zum Arzte zu laufen und sich die Prügelspuren beschleunigen zu lassen. Der Sanitätsrat Roth bemerkte, er hätte einmal zu seinem großen Erger beschleunigen müssen, daß eine gesundheitsgefährliche Wirkung vorliege, da der Geschlagene 8 Tage lang nicht habe sitzen können. Aber es schade den Bengels garnicht, wenn sie einmal 8 Tage lang nicht sitzen könnten. Das unterstrich der Abg. Lambrecht, indem er wörtlich sagte: Ich meine, das ist garnicht gesundheitsgefährlich; wenn der Jung 8 Tage lang nicht sitzen kann, kann er 8 Tage liegen. Viele ungläubliche Rohheit quitierte der Landtag mit Heiterkeit. Minister Triepf hat den Landtag förmlich um Entschuldigung, daß die Regierung die Staatsanwaltschaft von der Erhebung der Anklage gegen den Prügelpädagogen nicht habe zurückhalten können. Die Regierung habe aber dem betreffenden Lehrer ihr Bedauern über seine Verurteilung ausgesprochen, seinen Eifer belobt und gewünscht, daß er in diesem Eifer nicht erlahmen (also wacker fortprügeln) möge. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich im Jahre 1910. Kein Wunder, wenn die so funktionierte Prügelpädagogik neue Kräfte zeitigt. Unser Braunschweiger Parteiblatt ist genötigt, weiteres Material zu diesem traurigen Kapitel zu veröffentlichen. Dort wurde ein ziemlich zart gebauter Knabe infolge einer kleinen Unachtsamkeit verprügelt. In dem hierüber ausgeäußerten ärztlichen Attest heißt es: „Wenn eine Züchtigung vorliegt, so ist sie jedenfalls mit brutaler Gewalt ausgeführt, doppelt brutal deshalb, weil eine neue Züchtigung auf einem noch sehr entzündeten und schmerzhaften Körper teils ausgeführt worden ist, der Schmerzhaft und blutunterlaufen ist infolge einer Züchtigung, die erst wenige Tage der heutigen vorangegangen ist. Bei der Züchtigung ist das Maß des Erlaubten bei weitem überschritten.“ Außerdem veröffentlichte unser Braunschweiger Parteiblatt fünf weitere Fälle von Schülermißhandlungen, über die man sich allerdings nach den skizzierten Landtagsverhandlungen nicht mehr wundern kann. Wann endlich macht man solcher Barbarei ein Ende?

**Schwarze Lumpenkreiche!** Ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes erhielt auf seiner Arbeitsstelle folgende offene Postkarte:

An den Sozialdemokraten  
Herrn Johann Zillar,  
Buche Wolfsbant.  
Der Sozialdemokrat neigt zum Zug, zum Betrug zum Suff usw.

Nieder mit der Sozialdemokratie!  
Obwohl der schwarze Lump seinen Namen nicht mit unterschrieben hat, ist er doch erkannt worden. Das Gericht wird mit ihm schon ein erstes Wort reden. Was der Zweck der Karte ist, braucht hier nicht mehr auseinander gesetzt zu werden. Öffentlich behält der Denunzierte seine Arbeit. Die Schurkerei des schwarzen Geinbels kennen keine Grenzen mehr, das zeigt auch diese Karte wieder, das zeigen die beschmutzten Kirchen, das zeigt der Heinrichsbrief usw.

**Ruffisches.** Beim Petersburger Hafenzollamt wurden in die Millionen gehende Unterdrückungen festgestellt. Das Untersuchungsmaterial ist bereits dem Finanzministerium überwiesen worden.

Zwei japanische Dampfer gesunken. Die Flotte aus Nagasaki meldet, fünf japanischen Dampfer, die von Nagasaki nach Yokohama auf dem Wege waren, sind am 27. Oktober 1899 gesunken. Von Besatzung und Passagieren der „Kiyomaru“ sind 82 Personen, von der „Morimaru“ 14 Personen ertrunken.

St. Bureaukrasius. Am „Freiwilligen Kreisblatt“ befindet sich folgende Bekanntmachung:

Als gesunken ist hier abzugeben worden: Eine Wurst. Die Anmeldung von Rechten an vorbezeichneten Gegenstand hat innerhalb drei Monaten bei der unterzeichneten Behörde zu erfolgen. Nach Ablauf dieser Frist wird gemäß §§ 9 und 9 a der Dienstverordnungs vom 27. Oktober 1899, betreffend die polizeiliche Behandlung der Hundstuden, verfahren. Hagenstadt, den 6. Februar 1912. Die Polizeiverwaltung.

So hübsch es ist, daß nichts verloren geht, so heiter ist es, daß der Wurst im Nichtabholungsfall dreimonatliche Aufbewahrung beschieden ist. Ob sie dabei nicht ein bißchen an Geschmack verliert?

Das Grubenunglück in der Vitandragrube. Wie die Vermaltung mitteilt, sind noch zwei Bergleute auf der Vitandragrube, die nachträglich als Vermisste gemeldet werden und von der Bauaufsicht stammen, zu Tode gekommen. Die Zahl der Toten erhöht sich auf acht. Bisher war es unmöglich, sie zu bergen, da die Grube vollständig verqualmt ist und ein Damm um den Brandherd gelegt werden muß. Zurzeit ist mit dem Unterwasserberg der Grube begonnen worden. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß der Brand durch Unvorsichtigkeit zweier Bergleute entstanden ist. Diese sind bei der gerichtlichen Untersuchung zur Demonstration des Sachverhalts in der Nähe des Brandherdes vernommen worden.

Vandalen. Aus Lodz wird gemeldet: In der Fabrik von Sänger haben polnische Arbeiter große Exzesse begangen. Sie bemächtigten sich des Direktors und des ältesten Meisters, steckten sie in Säcke und zerrten sie darin umher; die Polizei befreite beide. Die Fabrik bleibt vorläufig geschlossen.

In dem Schneesturm, der am 1. Februar im Bezirke Schim wütete, sind viele Menschen umgekommen. Bisher sind 63 Leichen aufgefunden worden.

Bei einem Eisenbahnunglück auf der Great-Northern-Bahn (Amerika) wurden 20 Personen verletzt.

Ein Lehrer von seinen Schülern erschlagen. In der Industrieschule von Meath-Counth, Irland, haben zwei Schüler ihren 27 Jahre alten Lehrer, John Kelly, totgeschlagen. Als der Lehrer über den Schulplatz ging, verlor er einen der Knaben einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf den Hinterkopf, so daß er bewußlos zu Boden stürzte. Ein anderer Knabe schlug dann mit einem Brägel auf den hilflosen Lehrer ein, und sechs Puscheln folgten ihm während der rohen Prozedur mit den Füßen getreten haben. Dem Lehrer wurde dabei der Schädel und die Kinnlade zertrümmert; er kam nicht mehr zum Bewußtsein. Die beiden Mörderführer flüchteten dann, wurden aber später von der Polizei gefaßt. Keiner von den Knaben ist älter als 16 Jahre.

Gefährliche Ozeanfahrt eines Wracks. Aus London wird gemeldet: In den Oasen von Campbelltown, Schottland, ist von dem englischen Fischerdampfer „Kathleen“ der deutsche Dreimaster „Weser“ eingeschleppt worden. Das Schiff war vor 65 Tagen in den mexikanischen Gewässern in See gegangen. An der Küste von Florida schon geriet die „Weser“ in einen furchterlichen Sturm, der alle Masten über Bord segte und das Schiff zu einem hilflosen Wrack machte. Ohne Unterlaß mußten die Pumpen arbeiten, um die „Weser“ flott zu erhalten. Mit unfähiger Mühe wurden Ertragsmasse aufgerichtet, und die Fahrt wurde durch den Atlantischen Ozean fortgesetzt. Es ist ein Wunder, daß das Schiff bis in englische Gewässer gelangte. Zum Trinken gab es nur Regenwasser, denn den Wasserbehälter hatten die Wogen im Mexikanischen Golf schon über Bord gewaschen; bald stellte sich auch Mangel an Nahrungsmitteln ein. Ein französischer Dampfer, der dem Wrack begegnete, gab nur einen Saß mit Zwieback ab. Von dieser fargen Kost lebte die ganze Mannschaft vom 4. d. Mts. an, bis die „Kathleen“ sich des abermaligen in hürmischen Wetter gerateten Wracks annahm und es nach Campbelltown einschleppte.

Geprellte Dividendenschüler. Der Dänische Arbeitgeberverband beschloß bekanntlich während des Streikens in den Vororten Kopenhagen im letzten Som-

mer, den in Betracht kommenden beiden Straßenbahngesellschaften die durch den Streit entfallenden Verluste zu ersetzen. Nun nun den Aktionären auch für das Streikjahr die gewohnte Dividende von 7 Prozent bezahlen zu können, rechnete die Straßenbahngesellschaft Kreditberg einen ziemlich hohen Verlust heraus, der sich auf mehr als 50 000 Kronen belief. Mit diesem Rechenkunststück der Gesellschaft war jedoch der Arbeitgeverband nicht einverstanden und er reduzierte kurz und bündig den Verlust auf die Hälfte, so daß die Aktionäre mit einem kleineren Prozentsatz vorlieb nehmen mußten. Darob entstand nun großes Gekoch in diesen Reihen, die ja erst durch den Beschluß des Unternehmerverbandes sich sicher fühlten und den Kampf gegen die Arbeiter ohne Mißlo führen zu können glaubten.

Der sechsfache Mord in Mechenbach. Die Mutter in Mechenbach l. B. wo, wie wir niederen der Bfährige Korbwacherbach Karl Dillinger seine aus Frau und fünf Kindern bestehende Familie erschossen hat, ist in ihren Motiven nunmehr aufgeklärt. Dillinger sollte sich mit seiner Frau vor Gericht verantworten. Es handelte sich dem Vernehmen nach um eine 1 1/2 Jahr zurückliegende Petrusaffäre. D. war in der Nothländischen Korbfabrik in Alford beschäftigt, galt als tüchtiger Arbeiter und verdiente etwa 25 bis 30 Mark pro Woche. Am Sonntag wurde er noch in verschiedenen Gastwirtschaften gesehen; dabei war er in bester Stimmung, und niemand hätte ihm eine so graufige Tat zugehört. Man nimmt an, daß er den sechsfachen Mord vor mittags gegen 9 Uhr ausgeführt hat. Anheimend hat er zunächst seine Frau erschossen, die wohl mit seinem Vorhaben einverstanden und ruhig und gefaßt war. Dann hat er sich die beiden Mädchen im Alter von 5 und 7 Jahren in die Kammer geholt und den neuen Opfern nacheinander je einen Schuß in die Schläfe gejagt. Er hat überhaupt alle sechs Opfer in die Schläfe geschossen und immer nur einen Schuß abgegeben. Den Lauf muß er direkt an die Schläfe gehalten haben, denn die Haut um die Schläfe ist bei allen Getöteten verbrannt. Das er nur einen Schuß auf jedes Opfer abgegeben hat, geht daraus hervor, daß sich noch zwei scharfe Patronen in der Waffe befanden, als die Mutter vollbracht war, und daß Dillinger den vierläufigen Revolver zweimal geladen hat. Die Leiden der beiden Mädchen legte er in das Bett und deckte sie vollständig zu, damit sie von den andern Kindern nicht gesehen werden sollten. Nun lockte er ein Kind nach dem andern in die Kammer. Das vierte Opfer war die 13 1/2 Jahre alte Tochter, das älteste Kind in der Familie. Das Mädchen legte D. in das zweite Bett und deckte es mit der Bettdecke zu. Jetzt holte er sich den zwölf Jahre alten Knaben, einen strammen Jungen. Dieser hat sich anscheinend verzweifelt zur Wehr gesetzt, denn er brachte dem Vater schwere Kratzen im Gesicht bei. Als letztes Opfer kam das kleinste Kind daran, das er auf die Bettdecke gelegt hat. Er bettete sodann die Frau zu den zwei großen Kindern, und zwar so, daß er ihr die Hände zum Beten auf die Brust fatete. Als einziger Grund zu der furchtbaren Tragödie gilt die Angst Dillingers vor dem Gericht. Das hat er nicht allein zu seinem Arbeitgeber, sondern auch zu seinen Mitarbeitern, seinem Hauswirt und anderen Personen gesagt. Nach der Tat verließ D. die Wohnung und begab sich mit Revolver und Kassermetzer zu seinem Arbeitgeber, dem er den sechsfachen Mord gestand, nachdem er ihn vorher ebenfalls mit Schüssen bedroht hatte. Die Geleute führten ein glückliches Familienleben und die Kinder waren gut erzogen. Daß die schulpflichtigen Kinder am Montag nicht zur Schule geschickt worden waren, läßt darauf schließen, daß die Frau mit der Tat einverstanden war. Dillinger befindet sich in Haft; die Untersuchung wird durch die Staatsanwaltschaft in Blauen geführt.

Zwei neue zusammengewachsene Schwestern. Die berühmten Schwestern Blacel, Rosa und Josefina, die so innig vermahnen sind, daß sie keines Chirurgen Hand mehr voneinander trennen kann, haben in dieser Zeit der abnormen Wunder eine Konkurrenz im dunkelsten Afrika erhalten. Wie ein Kabel-Telegramm meldet, hat ein Hottentotten-Buschmannweib in Keibion am Oranjefluß weibliche Zwillinge geboren, die an Brust und Nabel zusammen gewachsen sind, sonst aber normal und lebensfähig sind.

Fängst du meinen Spion, so fange ich deinen Spion! Das angenehme Gesandtschaftsverhältnis zwischen England und Deutschland auf dem Gebiete der Spionage hat wieder einen „Zwischenfall“ gezeitigt. In Gibraltar hat die englische Polizei einen Deutschen verhaftet, der die Festungsbatterien photographierte. Nun wird zur Revanche wieder ein spanischer Engländer verhaftet werden.

5 Bergleute getötet. Auf der Grube Ribben bei Saar gemünd riß das Seil eines Förderkorbes. Der Korb, in dem sich fünf Bergleute befanden, stürzte infolgedessen in die Tiefe. Alle fünf Bergleute wurden getötet.

Im Schlamm erstickt. Die Bäuerin Hanschilla Bamlo witsch aus Vanitcheina wollte ihre junge verheiratete Tochter im Nachbardorf besuchen. Als ihr Wagen auf einem Acker im Schlamm stecken blieb, stieg die Frau aus, um den Wech zu Fuß fortzusetzen, versank jedoch im Schlamm und erstickte.

6 Arbeiter veresittet. Auf dem Tagebau der Grube Kraft in Thierens bei Altenburg sind durch hereinbrechende Erdmassen sechs Arbeiter veresittet worden. Einer wurde getötet; die anderen wurden teils leichter veresittet.

Die Einsturzkatastrophen in San Remo. Die Einsturzkatastrophen in San Remo über die wir berichteten, hat sich auf der am Meere gelegenen Promenade ereignet. Der Lehrer hatte das herrliche Wetter benützt, um die Schüler zu einem Spaziergang nach dem Meere zu führen. Die Kinder, die in Reihen zu vieren marschierten, stampften zu ihrem Verantgen im Takt mit den Füßen, als plötzlich der Boden mit lautem Geräusch unter ihnen nachgab und die Kinder in ein zehn Meter langes und fünf Meter tiefes Loch verschwand. Der Lehrer selbst blieb, wie durch ein Wunder, von der Katastrophe verschont und leitete sofort, unterstützt von Soldaten und dem Personal eines benachbarten Hotels, die Rettungsarbeiten ein, die mit den größten Schwierigkeiten verbunden waren, da ein weiteres Einstürzen des Erdbodens zu befürchten war. 25 Kinder wurden aus dem Wasser gezogen, zwei von ihnen hatten so schwere Verletzungen erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Die fünf Opfer, die die Katastrophe gefordert hat, wurden in einer benachbarten Kirche die Verwundeten in nahegelegenen Hospital untergebracht. Schreckliche Szenen spielten sich ab, als die vom Unglück betroffenen Eltern an der Unfassliche ankamen. Wie es heißt, waren den Behörden bereits seit längerer Zeit die an dieser Stelle bestehenden Gefahren bekannt, trotzdem waren keine Maßnahmen zur Verhütung einer Einsturzkatastrophen ergriffen worden. Man behauptet, erregte Manifestationen gegen die für das Unglück verantwortlichen Stellen.

Bedingte Verurteilung eines priesterlichen Sittlichkeitsverbrechers. Aus Rom wird berichtet: Als man in Italien nach französischem Muster die bedingte Verurteilung einführt, haben sich die Gelehrten sicher nicht träumen lassen, zu welchem ungeheuren Mißbrauch das neue Gesetz führen würde. Nicht nur ist es fast Regel geworden, das Gesetz bei Geldbussen, auch wenn sie wohlhabende Leute treffen, anzuwenden — was offenbar absolut keinen Sinn hat —, man hat es fertig gebracht, an ein und demselben Tage Arbeiter wegen einer Demonstration gegen den Krieg zu verurteilen, ohne das Gesetz der Milde anzuwenden, obwohl die Arbeiter nicht vorbestraft waren, und hat es gleich darauf für Studenten angewendet, die sich im Zustand der Trunkenheit Sachbeschädigungen und Ungehörigkeiten gegen die Staatsgewalt hatten zuschulden kommen lassen. Allem wird jetzt die Krone aufgesetzt durch die bedingte Verurteilung eines Erzpriesters in Bergamo, der sich unzüchtlicher Handlungen an einem jungen Burschen schuldig gemacht hatte. Er war dafür zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Merkwürdig war bei dem Prozeß auch, daß der Verteidiger die Ansicht vertrat, die Handlung des Priesters wäre nicht strafbar, weil sie in einem Nebenraum der Kirche, also nicht an einem öffentlichen Orte, begangen worden war! Es wurde ein eigener Lokalgesetzschuß vorgenommen, um die Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit des für die Unzucht gewählten öffentlichen Ortes festzustellen! Schließlich bot der Prozeß noch das Sensationelle, daß der Verteidiger während seiner Rede von einem Schlaganfall betroffen wurde, der ihm die Zunge und den linken Arm lähmte. Welches Gottesurteil, wenn das dem Staatsanwalt passiert wäre!

Butter-Notierungen  
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Markten des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Samburg, 14. Februar.  
1. Klasse 344 Drittel zu 144,78 Mt. im Durchschnitt.  
2. „ „ 22 „ 140,41 Mt. „ „ „ „  
Unverkauft blieben — Tonnen.  
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: L. H. Schwarz, Druck: F. v. d. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Bezugsquellen-Verzeichnis  
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

<b>Brauereien</b> Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75. Kteler Schloßbräu, H. A. Wulf, Untertrave 59, Fernspr. 174.	<b>Grogerien</b> W. Hohenschild, Marist. 42c. T. 736. Aug. Prösch, Mühlenstr. 33. Julius Vogt, Germania-Drogerie, Kaiserstr. Ecke Königsstr.	<b>Friseur, Parfüm.</b> Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.	<b>Kurz, Weiss, Wollw.</b> O. Sönnegwald, Lindenstr. 39. Paul Remten, Malente, Bahnhofstr.																		
<b>Bäckerien</b> Paul Bönisch, Lübeck, L. Lohb. 49. Dampf-B. u. Kondit. J. Eixmann, Fischergrube 42. H. Jargstorf, Warendörpstr. 2a. R. Kasch, Fleischerstr. 52. W. Krahn, Packenb. Allee 57a. Ad. Hinzelmann, Welschestr. 21. B. Plath, Lägerstr. 3.	<b>Brennmaterialien</b> H. Schütt, Augustenstr. 14/14a. L. Wullbrandt, Rosengarten 10.	<b>Fahrräder, Nähmasch.</b> H. Benthien, Packenbg. Allee 53. Deutscher Nähmaschinen-Haus, Frister & Roßmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42. R. Israel, Alifst. 31. Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. St. Gertraud-Fahrradhaus, Joh. Bator, Ernststr. 12a. Johs. Meyer, Königsstr. 51. Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28. Schwartau, Lübb.-St. H. Krohne, 71. Rep. Sämil. Ersatz.	<b>Galant-, Spielwar.</b> C. Bilesath Wwe. Sandstr. 9.	<b>Handels-Lehranst.</b> Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwagsgrube.	<b>Haus-u. Küchenger.</b> Joh. Baade, Allee 34a. Paul Reher, Tunkenhagen 5. E. Winkelmann Nachf., Entin. Louis Rathmann, Schwartau.	<b>Herren- u. Knab.-Gard.</b> Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest 12a. Rudolph Karstadt, Entin.	<b>Hüte und Mützen</b> Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost & Sohu, Holtenstr. 24.	<b>Kino-Salon</b> Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.	<b>Kolonial-, Fettwar.</b> Feddler J. Behm, Hansastr. 57. Johs. Brede, Dankwagsstr. 57. Reinh. Bösen, Ammsstr. 167. Heinr. Franck, Wahnstr. 67. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 6. Carl Hudoffsky, Marist. 44. D. Lereh, L. Lohb. 37. Ernst Lüth, Spillstr. 5. H. Schütt, Augustenstr. 14/14a. J. Semrau, Hüst. 1. H. Lettow, Entin, Weidstr. 4. Louis Rathmann, Schwartau. J. U. Kröger, Travemünde.	<b>Möbelmagazine</b> Wintze & Stech, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik, Mühlenstr. 47. W. Pamperin, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtg. z. billigen Pre.	<b>Molkereiprodukte</b> Hansa-Meierei Amme Lübeck'sches Milchprodukt aus der Hansa-Meierei	<b>Meiereien</b> Meierei Rensfeld Inh. Paul Rieckert, Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau Inh. Philipp Eitel, el. 2144. Milch und H. Molkereiprodukte.	<b>Optik u. Mechanik</b> Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.	<b>Photogr. Ateliers</b> Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannisstr. 39. Breitestr. 39. Samson & Co., Fernspr. 1057.	<b>Seifen, Toilette-Art.</b> Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.	<b>Stahl-, Eisenwaren</b> Franz Genzmer, Packenbg. All. 10b. Fernspr. 1031. F. Wichmann, Hüst. 46. Sa-lingar Stahlwaren.	<b>Tapeten, Linoleum</b> Carl Bönisch, Lübeck, Königsstr. 48b. Fritz Rehm, Beckergrube 20.	<b>Friket., Strumpfw.</b> E. Ehlerst, Lübeck, Breitestr. 15.	<b>Uhren-Repar.-Werkst.</b> Amerikanische, Hüst. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.	<b>Uhren, Goldwaren</b> August Büttner, Uhrmacher Hüst. 32. Willy Westinghoff, Holtenstr. 32. H. Nevermann, Schwartau.	<b>Weine, Spirituosen</b> Fr. Geist, Lübeck, Hüst. 8. T. 1955. Fischergrube Friedr. Otte, 43. empfehlen Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!